



**Gesellschaft zur Rechtlichen und
Humanitären Unterstützung e.V.
Der Vorstand**

Information

Nr. 1 / 2022

**14. Mitgliederversammlung der GRH,
5. März 2022**

Für Mitglieder und Sympathisanten

Berlin, April 2022

Mit der 14. Mitgliederversammlung der GRH am 5. März 2022 wurde eine beeindruckende Bilanz der vergangenen dreijährigen Legislaturperiode gezogen und zugleich die Weichen für die zukünftige Arbeit gestellt. Die 60 Teilnehmer repräsentierten hinsichtlich gegenwärtiger Funktionen, Mitgliedschaft in TAG bzw. ohne, Geschlecht, Alter, Gesundheitszustand und früherer Tätigkeit in der DDR die noch ca. 700 Mitglieder der GRH.

Der von Hans Bauer erstattete Bericht des Vorstandes wurde aus formalen Gründen mit einer Stimmenenthaltung bestätigt. Die von Ernst Hornig vorgetragene Erläuterung zu den Jahresrechnungen sowie der Bericht des Prüfungsausschusses, vorgetragen von Wolfgang Herzig, wurden einstimmig bestätigt. Somit wurden der Vorstand und der Prüfungsausschuß satzungsgemäß entlastet.

Einstimmig nahm die Mitgliederversammlung einen Beschluß an, der auf die zukünftige Arbeit der GRH orientiert.

Aus den Grußschreiben des Vorsitzenden der DKP, Patrik Köbele, des Vorsitzenden der Landesorganisation Berlin der KPD, Andreas Reinicke, und des Vorstandsmitgliedes des DDR-Kabinetts Bochum, Andreas Maluga, wurden mit großer Zustimmung Auszüge verlesen. Zur Diskussion sprachen 5 Mitglieder.

Sowohl die bisherigen Mitglieder des Vorstandes – Hans Bauer, Ernst Hornig, Günter Leo, Karl Rehbaum, Renate Schönfeld, Günter Seidel und Dieter Stiebert – als auch die „Neuen“ – Wolfgang Herzig und Reiner Neubert – wurden einstimmig gewählt. Ebenso die Mitglieder des Prüfungsausschusses Roland Gödicke, Brigitte Kabbeck und Joachim Schröder.

In der konstituierenden Sitzung des Vorstandes fiel die Wahl des Vorsitzenden auf Hans Bauer, seiner Stellvertreter auf Günter Seidel und Wolfgang Herzig, des Schatzmeisters auf Ernst Hornig und des Schriftführers auf Dieter Stiebert.

Der Prüfungsausschuß wird noch seinen Vorsitzenden benennen.

Den nach langjähriger verantwortungsvoller Mitgliedschaft im Vorstand und im Prüfungsausschuß nicht wieder kandidierenden Mitgliedern Dr. Reinhard Grimmer, Raoul Gefroi und Dr. Peter Rauscher wurden Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Die Mitgliederversammlung endete mit einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden.

Eröffnung durch den Geschäftsführer Dieter Stiebert

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde.

Im Auftrag des Vorstandes eröffne ich die 14. Mitgliederversammlung der GRH, die mit dem Beschluß des Vorstandes vom 7. Dezember 2021 satzungsgemäß einberufen wurde. Noch nie in der fast 29-jährigen Existenz der Gesellschaft stand eine Vertreter- oder Mitgliederversammlung unter einer derart komplizierten weltpolitischen Lage. Wir werden den Umständen trotzen.

Ich begrüße alle Anwesenden sehr herzlich und bedanke mich zugleich bei den Verantwortlichen und Mitarbeitern des Theaters am Park, daß wir erneut auch unter

den Bedingungen der Carona-Pandemie unsere Beratungen hier durchführen können.

Bevor wir in die Beratungsatmosphäre eintreten, bitte ich Euch, sich von den Plätzen zu erheben. Wir gedenken Werner Goßmann, Dr. Wolfgang Schwanitz und den Mitgliedern des Vorstandes Heidi Richter und Herbert Damm. Wir werden ihr Vermächtnis bewahren und in ihrem Sinne weiter kämpfen. Ebenso gedenken wir aller Verstorbenen in den vergangenen Jahren. Wir schließen in unser Gedenken die ermordeten und verstorbenen Vorkämpfer gegen Krieg, Kapitalismus und Faschismus, für Frieden und Sozialismus ein. Wir ehren die beim Schutz der Deutschen Demokratischen Republik ums Leben gekommenen Angehörigen der Grenz-, Schutz- und Sicherheitsorgane.

Ich danke Euch.

Liebe Freunde.

Ein herzliches Willkommen entbietet der Vorstand Euch, den Mitgliedern der GRH aus der näheren Umgebung und diejenigen, die schon mit dem Sonnenaufgang auf den Beinen sind. Stellvertretend für alle Mitglieder der GRH nehmt Ihr Euer Recht wahr, die vergangene Amtsperiode mit der Entlastung des Vorstandes abzuschließen. Doch vor allem geht es darum, über die Tätigkeit der GRH in den kommenden zwei Jahre zu befinden. Das um so mehr, da die aktuelle politische Lage und die Situation in Deutschland weiterhin unsere Standpunkte und Argumente erfordern.

Es ist mir ein Bedürfnis, von hier aus jene Mitglieder der GRH zu grüßen, die nach schweren Erkrankungen an's Bett oder an den Rollstuhl gebunden sind, selbst Pflege bedürfen oder Angehörige pflegen oder aus anderen Gründen nicht mehr aktiv am Vereinsleben teilnehmen können. Leider mußten einige, die heute hier sein wollten, kurzfristig ihre Teilnahme absagen, unter anderem wegen positiver Corona-Tests. Werner Irmel, Manfred Grätz, Karlheinz Bösel und Andreas Reinicke - um nur einige zu nennen – baten mich, Euch zu sagen, daß sie es sehr, sehr bedauern, nicht teilnehmen zu können.

Ein besonderer Dank und Anerkennung gebührt jenen Vorsitzenden/Sprechern der TAG, Kassierern und Betreuern, die jahrelang diese Funktionen ausgeführt haben und ausscheiden mußten. Wir vergessen nicht den herzlichen Dank an Raoul Gefroi, Dr. Reinhard Grimmer und Dr. Peter Rauscher, die nach jahrelanger aktiver Mitarbeit im Prüfungsausschuß und dessen Vorsitzender bzw. im Vorstand und als Leiter der Arbeitsgruppe Sicherheit nicht wieder kandidieren.

Wir senden Grüße an unsere Mitglieder und Sympathisanten in allen Regionen Deutschlands, in den USA, in Indien, England, Australien, in der Tschechischen Republik, in Polen und Österreich.

Wir bedanken uns für die konstruktive Zusammenarbeit bei den Verlagen edition ost, Verlag am Park und Wiljo Heinen. Herzlich willkommen lieber Freund und Genosse Frank Schumann. Was wäre die GRH ohne Dich?

Die Durchführung unserer bisherigen Mitgliederversammlungen waren geprägt von der Teilnahme und Mitwirkung von Vertretern der mit uns verbundenen Parteien

und Organisationen. So auch heute. Es findet sicherlich Eure Zustimmung, wenn ich alle herzlich willkommen heiße, die als GRH-Mitglieder zugleich ihre Organisationen und Parteien vertreten:

- unsere engsten Mitstreiter der ISOR Prof. Dr. Horst Bischoff, Joachim Bonatz und Wolfgang Schmidt;
- Dr. Matthias Werner, Präsident des OKV
- vom Rotfuchs Förderverein dessen stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Dockhorn;
- Gerd Hommel, Vorstandssprecher des Revolutionären Freundschaftsbundes (RFB) und Redakteur des „Der Rote Aufbau“;
- Karlheinz Otto, Sprecher des Freundeskreises der Sportsenioren;
- die Mitglieder der Berliner Landesorganisation der DKP und KPD sowie die Mitglieder der Partei DIE LINKE;

Obwohl die GRH parteipolitisch unabhängig ist, nimmt sie kritisch Partei für gesellschaftliche und soziale Veränderungen der Gesellschaft. Das Herz unserer Mitgliedern und Sympathisanten schlägt links, sind viele zugleich auch Mitglieder der Partei DIE LINKE, speziell der Kommunistischen Plattform, der DKP und der KPD. Sie sind dort prsent und nehmen soweit sie können im Sinne der GRH Einfluß auf deren Politik, zumindest an der Basis.

Da viele unserer Mitglieder zugleich auch Mitglied in der ISOR und im Rotfuchs Förderverein sind, dort auch Funktionen bekleiden, ergeben sich viele gemeinsame Veranstaltungen und Zusammenkünfte. Das trifft im gewissen Sinn auch auf die gleichzeitige Mitgliedschaft im „Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR“, der „Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe e. V.“ sowie „Mütter gegen den Krieg“ zu.

Dem Vorstand sind fernmündlich oder per Mail zahlreiche Größe und Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf der heutigen Veranstaltung übermittelt worden. Wir bedanken uns dafür bei Egon Krenz, Dr. Hans Reichelt, Jochen Traut, Erich Postler, Brigitte und Peter Müller, die aus verschiedenen Gründen leider nicht hier sein können. Dank auch all jenen Mitgliedern, die der heutigen Versammlung einen guten Verlauf und einen erfolgreichen Abschluß wünschten. Gradressen sind uns von Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, vom DDR-Kabinett in Bochum und von Andreas Reinicke, Vorsitzender der Landesorganisation Berlin der KPD, zugegangen. Wir bedanken uns und werden diese gemeinsam mit den Dokumenten der Mitgliederversammlung veröffentlichen.

Liebe Freunde,

Zum Schluß noch einige Hinweise und Vorschläge.

Im Saal besteht keine Maskenpflicht, aber wer ihn verläßt, muß Maske tragen.

Ich bitte, dass sich diejenigen Mitglieder, die die Versammlung vor den Beschlussfassungen und Wahlen aus dringenden Gründen verlassen müssen, beim Gen. Ernst Hornig ordnungsgemäß abmelden.

Zweitens schlage ich im Auftrage des Vorstandes vor, daß die Versammlungsleitung in den Händen der Mitglieder des Vorstandes liegen sollte. Bis zur Mittagspause Hans Bauer, Renate Schönfeld, Ernst Hornig und Dieter Stiebert.

Nach der Mittagspause Günter Seidel, Günter Leo und Karl Rehbaum.

Drittens bitte ich, die Handys, Tablets und sonstigen Verbindungsmöglichkeiten mit der Außenwelt abzustellen und nicht zu vergessen, sie nach Abschluß der Veranstaltung wieder betriebsbereit zu machen.

Viertens weise ich darauf hin, daß bei Renate Paulsen Bücher zu Solidaritätspreisen erworben werden können sowie Materialien zum Mitnehmen ausliegen.

Ich übergebe das Wort an die Versammlungsleitung und wünsche der 14. Mitgliederversammlung einen erfolgreichen Verlauf.

Bericht des Vorstandes, vorgetragen vom Vorsitzenden Hans Bauer

Liebe Mitglieder, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste!

Auch ich möchte Euch nochmals herzlich zu unserer 14. Wahlversammlung begrüßen. Ich muss vorweg einräumen, dass es mir schwer fällt, in diesen politisch heißen Tagen in einem sachlichen Bericht über die GRH zu sprechen. Aber natürlich führen wir ja nicht nur aus formal-rechtlichen Gründen diese Versammlung durch, sondern unser Wirken ist doch in erster Linie Politik. Da ist es sogar gut und nützlich, dass wir uns hier kollektiv versammelt haben und beraten können.

Liebe Anwesende!

Seit unserer letzten VV im März 2019 sind drei Jahre vergangen. Seitdem haben sich gewaltige Veränderungen vollzogen. In Deutschland, in der Welt. Innen- und außenpolitisch. Man muss sagen: Nichts ist besser geworden. Das Schlimmste: Die internationalen Konflikte - politisch, ökonomisch, militärisch - haben zugenommen, ja, sie haben inzwischen sogar zum Krieg geführt. Lösungen sind nicht in Sicht. Ein Krieg in Europa ist greifbar nahe. Dies alles verbunden mit weiterer militärischer Aufrüstung, mit Demokratie- und Sozialabbau.

Und die seit zwei Jahren grassierende weltweite Pandemie mit ihren Gefahren, ihren objektiv bedingten Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens, aber auch mit ihrem Missbrauch durch imperialistische Staaten verstärkt zusätzlich diese gefährliche Entwicklung.

Unter solchen Bedingungen waren und sind progressive Kräfte besonders gefordert. So auch die GRH.

Wie ist sie in dieser angespannten Situation ihrer satzungsgemäßen Aufgabe gerecht geworden? Wie hat sie als Menschenrechtsorganisation, die sich als Widerstands-, Solidar- und Opfergemeinschaft versteht, ihren selbst gestellten Auftrag erfüllt? Welche Positionen vertritt sie?

Selbstverständlich war auch unsere Tätigkeit in notwendigem Maße über zwei Jahre eingeschränkt bzw. den konkreten Bedingungen unterworfen. Allein die Verschiebung der MV um ein Jahr ist dafür Beweis.

Trotz Erschwernissen haben Mitglieder der GRH im Berichtszeitraum bis heute verantwortungsbewusst und engagiert politisch gewirkt. Das trifft auf eine Reihe von TAGs, auf viele Einzelmitglieder, aber auch auf die Arbeit des Vorstandes zu.

Liebe Freundinnen und Freunde!

"Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit" war unser Leitgedanke, der all das inhaltlich erfasst, was die Grundpositionen der GRH ausmacht. Im Interesse einer Geschlossenheit und einheitlichen Orientierung galt es, zu diesen drei Schwerpunkten regelmäßig unsere Positionen zu bestimmen, Aufgaben abzuleiten und zu realisieren.

An oberster Stelle stand und steht die **Friedensfrage**. Die GRH vertritt hierzu eine klare Position. Und der Vorstand hat sich auch in nahezu jeder Vorstandssitzung hierzu beraten. Die GRH konzentrierte sich über drei Jahre, zuletzt erst vor 4 Tagen, bei diesem Thema auf die Forderung **"Frieden und Freundschaft mit anderen Völkern, insbesondere mit Russland und China! NATO bedeutet Krieg!"** Dabei trägt, so unsere Position, Deutschland an der Seite der USA für die Politik der weltweiten Konfrontation, Sanktion und Aggression besondere Verantwortung. Seit Auflösung des Warschauer Vertrages und des sozialistischen Lagers sowie der Herstellung der staatlichen Einheit durch Annexion der DDR betreibt die imperialistische Bundesrepublik zunehmend chauvinistische Großmachtspolitik. Sie stellt unter Berufung auf ihre Wirtschaftskraft und ihre angeblich hohen menschlich-moralischen Werte Ansprüche auf eine herausgehobene Stellung in der Welt. Tatsächlich ist das heutige Deutschland zu solch einer Stellung in keiner Weise legitimiert. Weder historisch, juristisch, moralisch. Es unterstützt Kriege bzw. führt selbst welche. Es initiiert und organisiert "regime chance" und destabilisiert damit ganze Staaten und Regionen. In Europa, Asien, Afrika. Es hat wesentlichen Anteil an der Zerstörung und Verhinderung einer neuen europäischen Friedensordnung und an der Konfrontation mit der Russischen Föderation. Es mischt sich in innere Angelegenheiten Chinas ein, unterstützt eine Politik gegen das sozialistische Kuba.

Genossen, Freunde!

Die BRD war 2014 entscheidend am faschistischen Umsturz in der Ukraine beteiligt, ist mit verantwortlich für die Osterweiterung der NATO und für den aggressiven Kurs der EU. Und sie nimmt einen vorderen Platz ein in der feindseligen Politik gegen die Russische Föderation. Hass und Hetze gegen sowie die Unterstellung nicht bewiesener Verbrechen von Russland haben letztlich zur jetzigen Situation maßgeblich beigetragen. Mit in den Medien verbreiteten Lügen wurde die deutsche Bevölkerung für eine Politik am Rande eines Krieges oder gar für militärische Auseinandersetzungen mit Russland reif gemacht. Dabei werden Ursache und Wirkung bewusst verschwiegen und verfälscht. Selbst Linke sind teilweise und zunehmend Opfer dieses Informationsterrors und betrachten beide Seiten als verantwortlich für die Konfrontation. Nach den jüngsten Entscheidungen der russischen Führung zur Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der laufenden Militäraktion Russlands äußern sich führende LINKEN-Politiker nun sogar antirussisch. Die Realität und ihre Hintergründe werden dabei ausgeblendet, und

offenbar auch der Verstand. Drei Entwicklungslinien betrachten wir als entscheidend:

1. Seit Jahren wird Russland von NATO-Truppen geradezu umzingelt, seine Sicherheit wird durch eine aggressive ukrainische Politik bis hin zur Androhung eines Krieges mit Atomwaffen gefährdet.
2. Russische Bürger in der Ukraine werden rassistisch diskriminiert, der Bevölkerung der Republiken Lugansk und Donezk wird die Existenz entzogen, Häuser zerstört, Wasser- und Energieversorgung gekappt. Faschistische Banden, "Bandera-Banditen", treiben ungestört ihr Unwesen. Der Krieg gegen die Bürger der beiden Republiken eskalierte zunehmend, ein unmittelbarer Angriff stand am 24.2.22 bevor.
3. Mehrere Vereinbarungen über Waffenstillstand wurden seitens der Ukraine permanent verletzt. Russlands Vorschläge und Forderungen zur Entspannung blieben von den Westmächten unbeantwortet, das Minsker Abkommen I und II von 2014/15, das u.a. Verhandlungen zwischen der Ukraine und den beiden Republiken vorsah, wurde mit Unterstützung der Garantiemächte Frankreich und Deutschland torpediert.

Ich muss hier noch einmal die immer wieder verschwiegenen Kernpunkte dieses Abkommens nennen:

1. Die Ukraine setzt bis Mitte März 2015 ein Gesetz in Kraft, das den Gebieten im Osten Selbstverwaltung garantiert.
2. Kiew verhandelt mit den Gebieten im Osten die Richtlinien für Kommunalwahlen, die unter Aufsicht der OSZE Ende 2015 stattfinden sollen.
3. Kiew setzt bis zu den Kommunalwahlen eine Verfassungsreform um, die den Gebieten im Osten ihre Rechte und einen Sonderstatus garantiert.
4. Am Tag, nachdem die Wahlen von der OSZE als gültig befunden sind, bekommt Kiew die volle Kontrolle über den Osten des Landes und auch die Grenzen zu Russland von den Rebellen übertragen.

Diese Situation veranlasste Russland im Interesse der Bürger der beiden Republiken und auf deren Bitte sowie der eigenen Sicherheit zu den drastischen Maßnahmen militärischer Gewalt.

(Der GRH-Vorstand hat hierzu am 1.3.22 eine öffentliche Erklärung abgegeben.)

Wie erwartet, die gesamte Maschinerie der Propaganda und Information richtet sich nun gegen die RF und besonders gegen Putin. Plötzlich werden Völkerrecht und wie üblich moralische Werte ins Feld geführt, um Russland Völkerrechts- und Kriegsverbrechen zu beschuldigen. In Deutschland wird en passant sofort über eigene Aufrüstung diskutiert. Die LINKE (ich nehme hier die KPF aus) lässt sich jetzt noch stärker in diese deutsche Kriegsgesellschaft einbinden.

China ist diplomatisch aufgetreten, hat sich im Sicherheitsrat der Stimme zu einer Antirusslandresolution enthalten, andererseits festgestellt, dass die anhaltende Eskalation der Spannungen mit der Nichtumsetzung des Minsker Abkommens zusammenhängt. Unser Hoffnungen setzen wir auf strategische Partnerschaft zwischen Russland und China.

Nicht nur Belarus unterstützt die Maßnahmen der RF, auch andere Länder zeigen sicher aus unterschiedlichen Motiven Verständnis für Russlands Politik, so Iran,

Venezuela, Kuba, Nikaragua, Armenien, Kasachstan, Indien, die Vereinigten Emirate, Israel, Nordkorea, Eritrea.

Die Sondersitzung der UNO-Vollversammlung und die angenommene Resolution spiegelt nicht die wahre Lage wider. Auch sie ist das Ergebnis des westlichen Informationskrieges und unterschiedlicher Abhängigkeiten von imperialistischen Staaten.

Wir als GRH-Vorstand lehnen Schuldzuweisungen an Russland ebenso ab wie eine Position der Äquidistanz. Wir stehen solidarisch an der Seite Russlands und seiner Führung. Wir sind überzeugt, dass die Entscheidungen Russlands dem Frieden dienen, Schlimmeres verhindert haben. Und wir sind solidarisch verbunden mit dem sozialistischen China und anderen progressiven Ländern.

Solche eindeutigen Positionen auf m-l Grundlage decken sich auch mit unserer Verantwortung gegenüber allen von der bundesdeutschen Justiz wegen ihrer Loyalität zur DDR-Verfolgten. Sie alle waren Freunde der Sowjetunion und sind ihren Völkern, insbesondere dem russischen, ukrainischen und belorussischen Volk eng verbunden. Viele von ihnen waren aktive Antifaschisten, standen sogar im Widerstand, wie Heinz Keßler und Hans Reinwarth. Ich kann behaupten, dass die meisten unserer älteren Mitglieder aktive Friedenspolitik in der DDR betrieben haben. In den Sicherheits- und Schutzorganen, in der Politik und der Justiz. Und vor allem auch unsere Kundschafter des Friedens. Da ist es für uns selbstverständlich, dass wir Partei ergreifen gegen imperialistische Aggressionspolitik und aktiv an Friedensaktionen mitwirken. Aber nicht wahllos. Wir bleiben kritisch.

In unzähligen Petitionen, mit Erklärungen sowie auf der Straße haben wir dies bewiesen. Ich erinnere an eine große Aktion Ende 2019 vor dem Reichstag, in der sich ein breites Bündnis von Mitgliedern antifaschistischer, sozialistischer und kommunistischer Parteien und Gruppen, der VVN-BdA, DGB und der FFF-Bewegung leidenschaftlich gegen Aufrüstung in Deutschland wandte. Ich erinnere an die jüngste Kundgebung am 18. Februar des Jahres am Brandenburger Tor, die Frieden und Solidarität mit Russland forderte (nicht am 24.2., mit der sich nun die deutsche Kriegspolitik missbräuchlich schmückt. als Legitimation).

Unsere drei Grenzertreffen in Berichtszeitraum mit jeweils 150 bis 200 Teilnehmern standen eindeutig im Zeichen der Forderungen nach Frieden und Freundschaft vor allem mit Russland.

Mitglieder der GRH haben in den TAGs Initiativen in diesem Sinne ergriffen und sich gemeinsam mit Bündnispartnern engagiert. Aufgetreten sind wir mit diesen eindeutigen Positionen als Referenten und in gemeinsamen Rotfuchs- und ISOR-Veranstaltungen, in Publikationen der UZ und der JW sowie in weiteren öffentlichen Veranstaltungen insbesondere im Bundestagswahlkampf. Vor allem zusammen mit der DKP.

Hervorheben möchte ich ausdrücklich unsere von Rainer Rupp initiierte Aktion unter dem Motto "Kein Aufmarschgebiet gegen Russland", in der sich auch viele GRH-Mitglieder gegen die NATO-Übungen 2020/21 engagierten. Und zu nennen ist die Unterstützung sowjetischer Kriegsveteranen mit einer Geldspende von über 100 000 € an der sich auch GRH-Mitglieder beteiligten.

Liebe Freundinnen und Freunde!

Unser Kampf um historische **Wahrheit** war im BRZ unverändert ein Schwerpunkt der GRH-Aktivitäten. Auch drei Jahrzehnte nach der Konterrevolution hat diese

Aufgabe nichts an Aktualität verloren. Nach wie vor wird offiziell verfälscht, gelogen, verunglimpft, ausgegrenzt. Festzustellen ist, dass die "Delegitimierung der DDR" unter zum Teil veränderten Bedingungen nicht nur fortgesetzt, sondern auch erklärtermaßen breiter betrieben werden soll. Das bedeutet, sich in der Auseinandersetzung nicht nur vordergründig auf die Sicherheitsorgane zu beziehen, sondern verstärkt den Alltag der DDR, die SED, das gesamte politische System, also die sogenannte SED-Diktatur ins Visier zu nehmen. Die von den Landtagen ernannten "Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur" und die Schaffung eines neuen Amtes, die Wahl von Evelyn Zupke zur "Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag" am 10. Juni 2021, belegen dies rein äußerlich. Eine Vielzahl von Maßnahmen, welche Strategie und Konzeptionen für die weitere Geschichtsklitterung enthalten, untersetzen die künftige Politik der Bundesregierung auf diesem Gebiet. Dazu gehören insbesondere die Erziehung junger Menschen im Sinne der herrschenden Geschichtspolitik und die Modernisierung und Gestaltung sogenannten Gedenkortes. Die Überführung der MfS-Unterlagen ins Bundesarchiv soll den Eindruck einer Versachlichung und besseren wissenschaftlichen Arbeit zur DDR erwecken. Das Gegenteil ist der Fall. Eine Änderung des Gesetzes über die Unterlagen der DDR-Staatssicherheit vom 15. November 2019 erlaubt Überprüfungen von Personen bis zum 31. Dezember 2030, also bis 40 Jahre nach dem Anschluss der DDR. Geplant ist die Möglichkeit einer Antragstellung auf Akteneinsicht auch in Westdeutschland an drei Standorten. Offenbar sind neue Antragsteller gefragt, um Politik mit dem "Unrechtssystem" künstlich noch lange in Gang zu halten.

In einer zentralen Veranstaltung zum 70. Jahrestag der Gründung des MfS, an der noch unsere beiden verstorbenen Freunde Werner Großmann und Wolfgang Schwantz teilnahmen, haben wir die Tätigkeit der Mitarbeiter des MfS gewürdigt und uns mit den Verdiensten und heutigen Diffamierungen dieses für die DDR so notwendigen Organs auseinander gesetzt.

Der GRH-Vorstand hat sich regelmäßig mit den Verleumdungen und Fälschungen der Geschichte beschäftigt. Wir haben dazu öffentliche Erklärungen abgegeben sowie Stellungnahmen verfasst. In gleicher Weise war eine Studie zu "Opfern des DDR-Systems", die im November 2020 dem Brandenburger Landtag vorgelegt wurde, Gegenstand unserer Arbeit. Auch hier zeigt sich, dass mangels tatsächlicher oder konstruierter "Opfer" neue "DDR-Geschädigte" gesucht werden müssen. Also wird nach Spätfolgen gefahndet. Hierfür müssen sogar die Nachkommen herhalten. Was für ein Unsinn!

Inhalt der Auseinandersetzungen innerhalb der GRH war auch der Thüringer Koalitionsvertrag von 2020 zwischen Rot/Rot/Grün, in dem eine klare Absage an ostdeutsche Vereine wie die GRH erteilt wurde. Unsere Thüringer Genossinnen und

Genossen wie auch der Vorstand haben haben hierzu eindeutig Stellung bezogen und Konsequenzen gezogen.

Besonders engagiert haben wir insbesondere in Berlin und anderen ehemaligen Bezirksstädten den 70. Jahrestag der Gründung der DDR begangen. Und wir haben ihn maßgeblich mitgestaltet. So mit Rede- und Diskussionsbeiträgen sowie im Zusammenwirken mit dem OKV und anderen Vereinigungen, wie dem DDR-Kabinett Bochum. Besonders erwähnen möchte ich die Möglichkeit, durch Vermittlung der KAZ einer Einladung der Partei der Arbeit Österreichs zum 70. Jahrestag gefolgt zu sein. In einer einwöchigen Vortragsreise in Wien, Linz und Innsbruck wurde uns deutlich, welche große Anerkennung die sozialistische DDR bei Teilen der Bevölkerung Österreichs unverändert genießt. Auch restriktive Maßnahmen durch DDR-Gegner konnten das rege Interesse vor allem junger Menschen an Entwicklung und Erfahrungen der DDR, aber auch für die Gründe ihres Scheiterns nicht beeinträchtigen. Unser Genosse Günther Ganßauge erlebte ähnliche Wertschätzung während einer Einladung durch den Pariser Bürgermeister. Dort interessierte besonders die Sicherung der Staatsgrenze in Berlin.

Liebe GenossInnen und FreundInnen,

Gerechtigkeit ist seit Gründung der GRH 1993 eine unserer Hauptforderungen. Sie reicht von der juristischen Gleichbehandlung von DDR-Bürgerinnen und Bürger und der Kundschafter des Friedens bis zur sozialen Nichtdiskriminierung. Wir hatten keine Illusionen, dass sich im BZR in diesem Bereich Veränderungen in der herrschenden Politik vollziehen könnten. Die zu unrecht Verfolgten wurden erwartungsgemäß weder rehabilitiert noch wurden den mit hohen Gerichtskosten belegten Verurteilten Kosten erlassen. Anträge Einzelner auf Amnestie von noch ausstehenden staatlichen Forderungen fanden keine sachkundige Entscheidung.

Eine neue Beschwerde gegen die "Strafrente" nahm das BVerfG überhaupt nicht an. Alle in diesem Zusammenhang besonders von ISOR ergriffenen Initiativen unterstützte auch die GRH. Nicht zuletzt sind viele unserer Mitglieder ebenfalls von diesem staatlichen Unrecht betroffen.

Liebe Mitglieder und Freunde!

Wenn ich hier eine Vielzahl von Aktivitäten der GRH nennen konnte, so ist das Ausdruck einer lebendigen Organisation, die auch unter komplizierten Bedingungen arbeitsfähig und politisch wirksam ist. Dies zeugt von großer Geschlossenheit, inhaltlicher Klarheit und einem hohen Organisationsgrad. Das ist auch das Ergebnis unseres fast drei Jahrzehnte währenden Kampfes in diesem selbsternannten Rechtsstaat. Und natürlich auch einer engen Vernetzung im OKV, mit anderen Partnern, Gruppen, Initiativen.

Die Führung der GRH war von Beginn an auf ein solches Bündnis mit Gleichgesinnten und auf ein solidarisches, enges und freundschaftliches Verhältnis zwischen den Mitgliedern und den gewählten Verantwortlichen unserer Organisation ausgerichtet. Das war auch trotz aller Schwierigkeiten während der Corona-Zeiten weitgehend gewährleistet. Der Vorstand der GRH tagte weiterhin monatlich. Mit hoher Einsatzbereitschaft und Disziplin wurde die Tätigkeit der Geschäftsstelle ohne wesentliche Unterbrechung fortgeführt. Wie in der Vergangenheit war die GSt Zent-

rum der politischen und organisatorischen Arbeit. Sie war Kontakt- und Ansprechpunkt. Regelmäßig erschienen die monatlichen "Mitteilungen" und vermittelten unsere politischen Standpunkte sowie Aktuelles. "Informationen" erschienen wie bisher zu politischen Schwerpunkten. Unsere Arbeitsgruppen der Aufklärer, der Grenze, mit gewissen Abstrichen der Sicherheit setzten ihre Arbeit fort. Aus perso-

nellen und gesundheitlichen Gründen waren die AG Information/Dokumentation sowie Recht und Sport als Gruppen nur bedingt arbeitsfähig. Die AG Recht übte allerdings bereits in den letzten Jahren ihre Tätigkeit vornehmlich individuell aus. Im Gegensatz zu früher sind hier oft persönliche Einzelfragen Gegenstand von Beratungen. Hervorheben möchte ich die AG Solidarität /Betreuung. Hier hat sich bewährt, dass GRH und ISOR eine gemeinsame AG gebildet haben, die eine sehr fruchtbare und kontinuierliche Arbeit leistet. Ihre Tätigkeit dient besonders dem solidarischen Zusammenhalt unserer Kollektive. Die von ihr ausgearbeiteten Dokumente zu Alter, Gesundheit und Vorsorge sind sehr gefragt.

Die Internetarbeit der GRH, der Aufklärer und der Grenze ist qualifizierter geworden. Appellieren möchte ich an alle Mitglieder, Mitteilungen und Internet noch aufmerksamer zu verfolgen und ggf. sich auch mal zu äußern, ja selbst auch mal einen Beitrag zu schreiben. Das sollte auch gelten für Beiträge und Leserbriefe für unsere wichtigsten Medienpartner JW und UZ, mit denen wir im BZR eine sehr enge Zusammenarbeit entwickelt haben. Anzeigen der GRH in der JW, Unterstützung der Luxemburg-Konferenz und die Übernahme von zwei Genossenschaftsanteilen zeugen ebenso davon wie eigenständige Beiträge in beiden Zeitungen. Wir danken hier besonders auch Frank Schumann, der unsere Themen und Anliegen wirksam öffentlich macht. Verstärkt meldeten wir uns auch im Rotfuchs und im Kompass zu Wort. Dasselbe sollte künftig auch für "ISOR aktuell" gelten, das zunehmend Interesse an Zusammenarbeit bekundet hat.

Gewissenhaft und zuverlässig wird unsere Finanzarbeit durchgeführt. Sie bildet den materiellen Rückhalt der GRH. Dank regelmäßiger Behandlung in Vorstandssitzungen, einer ausgezeichneten Buchführung und hohen Finanzdisziplin und Spendenbereitschaft verfügen wir über eine solide Basis. Damit waren die nicht geringen Verpflichtungen (Geschäftsräume, Publikationen, Postversand) gesichert. Und wir konnten auch dank der hohen Spendenbereitschaft Humanitäre Hilfe in Höhe von ca.

5 000 € sowie solidarische Unterstützung für o.g. Aktivitäten befreundeter Vereine leisten. Das muss auch im Interesse unserer Arbeitsfähigkeit so bleiben.

Liebe Anwesende!

Die positive Bilanz der zurückliegenden drei Jahre ist das Arbeitsergebnis eines großen Kollektivs von Mitgliedern mit unterschiedlichen Möglichkeiten, Fähigkeiten und natürlich auch Interessen. Jeder und jede Einzelne ist uns wichtig, weil sie sich schon allein mit der Mitgliedschaft zu unserem Anliegen bekennen. Das trifft selbstverständlich auch auf jene zu, die in Heimen leben, oft relativ isoliert und gesundheitlich stark beeinträchtigt sind. Unser Dank gilt allen. Wir danken hier aber besonders den Aktiven in den TAGs - Kassierer, Verteiler von Mitteilungen usw. - , aber auch den vielen "Einzelkämpfern", die keiner TAG angehören.

Und in diesem Zusammenhang, liebe Freundinnen und Freunde, sind wir mit einer Entwicklung konfrontiert, der wir uns künftig stellen müssen.

Die GRH hat zwischen 600-700 Mitglieder. Viele gehören den 22 TAGs an, 137 Mitglieder sind sogenannte Einzelmitglieder, darunter auch viele der Aufklärer. Die Zahl unserer Mitglieder hat sich seit Mitte der 1990-er Jahre mehr als halbiert. Nicht überraschend. Viele sind verstorben (nur wenige Austritte), Neueintritte, vor allem Jüngere, gleichen bei weitem nicht die Verluste aus. Eine Erscheinung in vielen Organisationen, auch in manchen Parteien. Unsere TAG sind sehr unterschiedlich in Stabilität und Aktivität. Wir müssen damit rechnen, dass leider noch weitere TAGs sich auflösen. Damit haben wir noch mehr Einzelmitglieder zu betreuen. Das stellt neue Anforderungen an den künftigen Vorstand. Im Interesse des oben geschilderten

Zusammenhalts müssen wir Formen finden, um den unmittelbaren Kontakt weiter zu sichern. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu erhalten. Das ersetzen bei aller Wichtigkeit auch die monatlichen "Mitteilungen" nicht. Häufige telefonische Kontakte, vielleicht auch mal eine Video- oder Telefonkonferenz in kleinen Gruppen - soweit technisch möglich - und zwischenzeitlich regionale Zusammenkünfte könnten hier einen Ausgleich schaffen. Und selbstverständlich ist die Zusammenarbeit mit anderen Vereinen, Initiativen ... zur verstärken, besonders im OKV, speziell mit ISOR, dem Rotfuchs. Sind also Kräfte zu bündeln. Das eigene Anliegen der GRH sollte dabei aber immer eingebracht werden, auch nach außen sichtbar sein.

Bei all dem ist allerdings nicht zu vergessen, dass auch der Vorstand nur ehrenamtlich tätig ist und die Kräfte begrenzt sind. Seien wir also auch realistisch. Wir bitten Euch sehr, zur Qualifizierung der Arbeit unter den veränderten Bedingungen Eure Gedanken und Bedürfnisse zu äußern bzw. dem neuen Vorstand zu übermitteln.

Liebe Mitglieder, verehrte Anwesende!

Wie schon in den zurückliegenden Jahren, vielleicht auch nach diesen Ausführungen, wird mancher fragen, ob es nicht besser wäre, die GRH schließt sich mit anderen Gruppen zusammen oder löst sich auf. Immerhin, so ein Argument, es finden keine Prozesse mehr statt - ursprünglicher Anlass der Gründung.

Wir haben im Vorstand darüber beraten und uns einmütig gegen solche Alternativen ausgesprochen. Manches Mitglied erinnert sich vielleicht, auf der X. Vertreterkonferenz 2012 haben wir Gründe genannt, weshalb unsere Widerstands-, Solidar- und Opferorganisation weiterhin existieren muss. Diese Gründe möchten wir auch heute unterstreichen und mit weiteren Argumenten bereichern und vertiefen. Wir unterbreiten das in einem Beschlusssentwurf, der Euch vorliegt. Dazu - ausführlicher als der Beschluss - die Begründung:

1. Im Zeitraum von 29 Jahren ist mit der GRH eine Organisation entstanden, die die **Erfahrungen** der sozialistischen DDR mit dem Kampf um ein friedliebendes, antifaschistisches und antiimperialistisches Deutschland verbindet.
2. Die GRH verfügt über eine **langjährige Tradition** gegen Diskriminierung, Kriminalisierung und Ausgrenzung und versteht sich als Widerstandsorganisation, solidarische Gemeinschaft und Vereinigung der Opfer antikommunistischer Verfolgung nach der staatlichen Zwangsangliederung der DDR.

3. Sie ist die einzige **organisierte Kraft** in Deutschland (übrigens darüber hinaus in allen ehemals sozialistischen Staaten), die die politische Strafverfolgung von Bürgern, die sich für eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus eingesetzt haben, zum Gegenstand ihres Wirkens gemacht hat. Sie unterstützt und begleitet Verfolgte solidarisch. Für viele ist sie eine politische Heimat geworden.

4. Die GRH verfügt über die größte **Sachkompetenz und Erfahrung** auf dem Gebiet der politischen Strafverfolgung nach 1990. Sie deckt die gesellschaftlichen Ursachen und Motive dieser Verfolgungen in ihrer Kontinuität und in ihrem Zusammenhang als Antikommunismus deutscher Politik seit dem 19. Jahrhundert auf.

5. Als Organisation hat die GRH den **Charakter dieser Verfolgungen** als Unrecht, Verstoß gegen die Menschenrechte und gegen das Diskriminierungsverbot öffentlich gemacht. In zahllosen Publikationen, Interviews, Filmen, Veranstaltungen hat sie Verdienste und Achtung als Aufklärer in einer manipulierten Gesellschaft erworben.

6. Die GRH benennt die Lügen vom "Unrechtsstaat DDR" "der SED-Diktatur" und der sogenannten Vergangenheitsbewältigung. Sie entlarvt den Charakter der Erinnerungs- und Gedenkkultur im herrschenden BRD-System und informiert öffentlich über Strategien, Methoden und Formen ihrer staatlichen Umsetzung.

7. Die GRH verkörpert in ihrer **Zusammensetzung alle Verfolgtengruppen** und bündelt ihren gemeinsamen Widerstand. Sie widmet sich dennoch in ihrer Tätigkeit den speziellen Interessen der einzelnen Gruppen. Sie ist eine der wenigen Organisationen, in deren Zentrum die am meisten Diffamierten und Benachteiligten dieser Gesellschaft, Angehörige der Schutz-, und Sicherheitsorgane, der Justiz und Politiker, stehen. Auch mit Abschluss der unmittelbaren Verfolgungen bleibt sie Interessenvertreterin aller und fordert für sie Rehabilitation und Wiedergutmachung.

8. Die GRH hat sich **gegen alle Angriffe** ihrer Existenz standhaft und offensiv behauptet: gegen gerichtlichen Entzug ihrer Gemeinnützigkeit, die zeitweise Beobachtung durch den Verfassungsschutz, die Diffamierung als eine Art Freundschaftsverband der Waffen-SS und bis heute gegen die Verunglimpfung als revisionistischer Verein.

(Der Berliner Verfassungsschutz attestiert der GRH Feindlichkeit gegenüber der bundesdeutschen Justiz, sieht aber keine rechtliche Handhabe für eine Beobachtung des Vereins. Es gebe keine Anhaltspunkte dafür, dass die GRH die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen wolle)

9. Die GRH nimmt im Netzwerk verbündeter Parteien und Organisationen einen eigenständigen **geachteten Platz ein**, der auf ihrer Klarheit, Kompetenz, Organisiertheit und solidarischen Haltung beruht. Sie ist eng verbündet mit linken und anderen progressiven Kräften, die sich der herrschenden Politik widersetzen.

10. Die **GRH** als inzwischen historisch gewachsenes Kollektiv kann und darf nicht aus formalen Gründen aufgegeben werden oder in einem Netz von Organisationen und Vereinen verschwinden. Sie ist mit ihrem inhaltlichen Alleinstellungsmerkmal und ihren Erfahrungen als eine starke und geschlossene **Organisation unverzichtbar**. Sie zu erhalten, das sind wir uns selbst und unseren Mitgliedern aus nahezu 30-jährigem Kampf schuldig. Dazu verpflichten uns auch unsere verstorbenen Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

11. Dieses **Kapitel** revolutionären Kampfes nach der Niederlage und der Annektion der DDR, das Erinnern und Bewahren gegen Verfälschen und Vergessen ist unverändert gesellschaftliche Gegenwart und Bestandteil der Auseinandersetzungen. Dies ist und bleibt damit ungeachtet aller Komplikationen und der zahlenmäßigen Entwicklung der GRH eine Herausforderung und auch ein historischer Auftrag für uns.

Liebe Mitglieder der GRH,

lasst uns weiterhin gemeinsam als großes Kollektiv mit Gleichgesinnten aus Verpflichtung und Verantwortung mit starker Motivation und wachem Verstand sachkundig, sachlich und offensiv für Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit streiten.

**Finanzbericht des Vorstandes
zu den Jahresrechnungen der Finanzhaushalte 2019 – 2022, vorgetragen
durch den Schatzmeister Ernst Hornig**

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

der Finanzbericht bezieht sich auf den Zeitraum 01.03.2019 bis 28.2.2022. Der Mitgliederversammlung kann ich berichten, dass in den zurückliegenden drei Jahren die Jahreshaushalte , ausgeglichen waren. Einnahmen und Ausgaben halten sich die Waage.

Zum Abschluss des jeweiligen Haushaltsjahres hat der Vorstand die Berichterstattung des Schatzmeisters entgegengenommen und den Finanzhaushalt bestätigt. Mit den regelmäßigen Kontrollen des Prüfungsausschusses ist die Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsrechnungen bestätigt worden. Die Berichterstattung gegenüber dem Vorstand erfolgte nach den Finanzprüfungen. Die Ordnungsmäßigkeit der Haushalte bestätigte für 2019 und 2020 das von uns beauftragte **Steuerbüro**. Für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 liegen die entsprechenden Steuerbescheide vom Finanzamt vor. Wir sind nicht steuerpflichtig. Für 2021 ist die Erarbeitung der Steuererklärungen durch das Steuerbüro noch offen.

Zu den Einnahmen:

Unsere Haupteinnahmen waren und sind die *Mitgliedsbeiträge und Spenden*.

Ich kann der Mitgliederversammlung mitteilen, dass für den Berichtszeitraum 94 % der zu entrichtenden Beiträge, einschließlich bereits erfolgter Nachzahlungen verbucht werden konnten. Das ist geringfügig weniger, als in den zurückliegenden Jahren. Dennoch sollten wir mit den Ergebnissen der Beitragseinnahmen zufrieden sein, weil es ohne Mitgliederversammlungen weitaus schwieriger ist, die Mitglieder zu erreichen.

In den **22** Territorialen Arbeitsgruppen wurde und wird ständig darum gerungen, eine 100- % ige Abrechnung der Beiträge zu erreichen.

Herzlichen Dank an alle Kassierer und beteiligten Genossinnen und Genossen

an der Beitragserfassung, einige sind unter uns, für ihr unermüdliches und aufopferungsvolles Wirken um vollständige Beitragskassierung.

Ich komme zu den Spenden:

In der Gesamtsumme unserer Einnahmen sind Spenden unserer Mitglieder und 57 Sympathisanten enthalten, die uns in unserer Arbeit mit einmaligen- oder laufenden Spenden finanziell unterstützen.

Viele unserer Mitglieder erbringen Spenden, die in keiner Abrechnung auftauchen. Es werden z.B. für Briefmarken, Fahrtkosten, für Geldausgaben für Blumen und Präsente bei Haus- und Krankenbesuchen, zu Geburtstagen und anderen Anlässen keine Anträge auf Erstattungen der entstandenen Kosten gestellt, sondern aus der eignen Tasche bezahlt. Für diese Form der **gelebten Solidarität** sagen wir **vielen herzlichen Dank**.

Etwa die Hälfte unserer Mitglieder überweist ihre Beiträge und Spenden auf das Konto der GRH. Es macht Spaß zu sehen, mit welcher hoher Bereitschaft unsere Mitglieder Spenden überweisen, die dann auf den Kontoauszügen sichtbar sind. Das Gleiche gilt natürlich auch für die Spenden, die in den Spendenlisten erfasst sind.

Tagegeldkonto: Unsere Volksbank hat für 3 Jahre Zinsen in Höhe von: 2,09 € erwirtschaftet.

Zu den Ausgaben:

Mit den schon genannten Einnahmen waren wir in der Lage, alle notwendigen Ausgaben zu realisieren. Die im Bericht genannten Schwerpunkte:

Kampf um Frieden,

Wahrheit,

Gerechtigkeit,

und Solidarität,

bildeten die Grundlage für die Finanzplanung und deren Erfüllung.

Ich habe auch für diese Berichtsperiode festgestellt, dass die in den Jahresabrechnungen der Nebenkassen nachgewiesenen Ausgaben satzungsgemäß sind und das Prinzip der Sparsamkeit gemäß gefasster Beschlüsse des Vorstandes eingehalten wurde.

Im Folgenden einige Erläuterungen zu den Gesamtausgaben im Berichtszeitraum
Der größte Posten sind die Miete für die Geschäftsstelle und Raumkosten einschließlich der TAG für Veranstaltungen von 31.631,00 €, das sind ca. 30 % der Ausgaben.

Die Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit insgesamt kostete uns 27.056,00 €

Darunter fallen u.a.:

Arbeitsmittel, (Kopierer der GS und Bürobedarf), Kosten für die Herstellung der Mitteilungen u. a. Druckerzeugnisse: 10.460,00 € = 10%

Porto und Versandkosten: 11.352,00 € = 11%

Gebühren u. Steuerberatungskosten: 2.176,00 € = 2,5 %
 Werbung, Anzeigen, Öffentlichkeitsarbeit: 3.068,00 € = 3 %
 Hinzu kommen noch Aufwandsentschädigungen und Honorarkosten auf Grund entsprechender Beschlüsse des Vorstandes in Höhe von 14.875,00 €
 Für Veranstaltung der GRH:
 für das Grenzertreffen 2021,
 für die Mitgliederversammlung von 2019 und heute,
 für TAG-Veranstaltungen gaben wir 6.412,00 € = 6% aus.
 Die Gesamtkosten für das Grenzertreffen waren fast doppelt so hoch, konnten aber durch zweckgebundene Spenden minimiert werden.

Für Betreuung und Ehrungen unserer Mitglieder und würdige Begehung von Jubiläen u.a. rechneten die TAG 3.941,00 € ab. Die ständige Betreuung unserer Mitglieder, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr am Vereinsleben teilnehmen können, ist auch gelebte Solidarität.

Es gab im Berichtszeitraum und auch heute noch Mitglieder, die hohe finanzielle Belastungen haben.

Der Vorstand fasste im Berichtszeitraum 9 Beschlüsse für humanitäre Hilfeleistungen.

Für gelebte Solidarität haben wir 1.420,00 € zur Verfügung gestellt. Eine aktive Mitkämpferin im DDR Kabinett Bochum, die vom Hochwasser im Ahrtal, Rheinland-Pfalz, betroffen war und alles verloren hatte, erhielt von uns auf Beschluss des Vorstandes eine persönliche Spende in Höhe von 400,00 €

Wie im Bericht des Vorstandes dargestellt, verzeichnen wir eine gute Zusammenarbeit mit unseren Partnern. Für gemeinsame Projekte und Mitgliedsbeiträge für unsere Mitgliedschaft im OKV (Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden) und der GBM (Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde) haben wir 2.638,00 € ausgegeben.

Besonders erwähnen möchte ich die gute Zusammenarbeit mit dem DDR Kabinett Bochum. Was Genosse Andreas Maluga und seine Genossinnen und Genossen leisten, ist bewundernswert. Die würdige Begehung des 70. Jahrestages der Gründung der DDR 2019 haben wir noch gut in Erinnerung. Wir unterstützten die Genossen in Bochum mit 650,00 €

Liebe Genossinnen und Genossen,

insgesamt können wir einschätzen, dass wir eine positive Bilanz vorzuweisen haben und auch für die Zukunft gut aufgestellt sind.

Wir werden zukünftig unbedingt Mehreinnahmen benötigen, denn die Aufwendungen werden, wie wir alle wissen, nicht geringer, eher noch steigen. Wir werden uns einer finanziellen Sicherstellung unter veränderten Bedingungen stellen müssen. Gehen wir trotzdem optimistisch heran.

Am Gesamtergebnis haben die Vorsitzenden der TAG, die Kassierer und die Finanzbeauftragten einen großen Anteil. Mit viel Fleiß und Energie sorgten sie

für eine funktionierende Beitragszahlung und Spendensammlung unter immer schwieriger werdenden Bedingungen.

Es ist mir ein großes Bedürfnis, allen Genossinnen und Genossen für ihre große Einsatzbereitschaft und gute Zusammenarbeit ganz herzlich zu danken.

Für weitere, detailliertere Auskünfte zum Finanzhaushalt liegt bei mir eine Gesamtübersicht zur Einsichtnahme vor.

Ich schlage der Mitgliederversammlung vor, dem Finanzbericht die Zustimmung zu geben.

Noch ein Wort in eigener Sache. I

Ich bin bereit, weiterhin im neuen Vorstand mit zuarbeiten. Ich bin bereit, als Schatzmeister weiterhin für einen stabilen, ausgeglichenen Finanzhaushalt mitzuwirken.

Ich wünsche uns für die bevorstehenden Aufgaben viel Erfolg und dazu allen eine stabile Gesundheit, Energie und Schaffenskraft.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Bericht des Prüfungsausschusses an die 14. Mitgliederversammlung der GRH, vorgetragen vom Vorsitzenden Wolfgang Herzig

Der Prüfungsausschuss hat die ihm mit der Satzung sowie der Finanzordnung auferlegte Pflicht zur Durchführung der Finanzrevision im Berichtszeitraum erfüllt.

Bevor ich zur Berichterstattung komme, gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Im Berichtszeitraum hat der langjährige Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Raoul Gefroi, aus alters- und gesundheitlichen Gründen seine Tätigkeit beendet. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und Raoul für seine Tätigkeit im Prüfungsausschuss danken. Als neues Mitglied des Prüfungsausschusses wurde Joachim Schröder kooptiert.

Im Berichtszeitraum hat der Prüfungsausschuss die ordnungs- und satzungsgemäße Verwendung der Finanzmittel, d. h. der Einnahmen und der Spenden, sowie deren Nachweisführung überprüft.

1. Im Berichtszeitraum führte der Prüfungsausschuss insgesamt 4 Überprüfungen der Finanztätigkeit der GRH durch. Die Ergebnisse dieser Überprüfungen wurden dem Vorstand der GRH berichtet.
2. Die durch die GRH getätigten Ausgaben entsprachen in allen Fällen den Forderungen der Satzung und dem Prinzip der strengen Sparsamkeit. Alle finanziellen Verpflichtungen der GRH wurden fristgemäß erfüllt.
3. Die Nachweisführung der Finanzmittel erfolgt durch den Schatzmeister lückenlos und in einer sehr guten Qualität. Die Finanzdokumentation befindetet

sich in einem ordnungsgemäßen Zustand, alle Ausgaben sind belegmäßig nachgewiesen und vollzählig. Dabei muss unterstrichen werden, dass bedingt durch eine immer weiter steigende Anzahl von zum Teil monatlichen Überweisungen der Mitgliedsbeiträge der Arbeitsaufwand des Schatzmeisters erheblich gestiegen ist. Um eine Vorstellung zu bekommen nur eine Zahl: Im 1. Halbjahr 2021 erfolgten 254 Einzelüberweisungen, die den jeweiligen Mitgliedern zugeordnet werden müssen, denn nur so kann eine Überwachung der Beitragszahlung und der exakte Nachweis der Spenden gewährleistet werden. Die Nachweisführung der Finanzmittel der Nebenkasse durch den Geschäftsführer erfolgt ebenfalls korrekt. Mängel gibt es jedoch noch in den TAG`s. Besonders die Führung der Beitrags- und Spendenlisten muss weiter verbessert werden. Dazu wurde im vergangenen Jahr durch den Schatzmeister eine Mitteilung an die TAG versandt. Wir möchten trotzdem nochmals darauf hinweisen, dass es unbedingt erforderlich ist, noch mehr Sorgfalt an den Tag zu legen.

4. Dank der Anstrengungen des Schatzmeisters ist es gelungen, die Außenstände an Mitgliedsbeiträgen weiter zu verringern.
5. Auch in diesem Berichtszeitraum wurde aktiv humanitäre Unterstützung gewährt. Damit entsprach die GRH ihrem sozialen Anliegen. Insgesamt wurden dazu im Berichtszeitraum 9 Beschlüsse des Vorstandes gefasst und 4870 Euro an humanitärer Hilfe ausgezahlt.
6. Durch die Umsetzung der vom Prüfungsausschuss unterbreiteten Vorschläge konnte die Situation der Arbeit mit Literatur verbessert werden und der Bestand an nicht verkaufter Literatur in der Geschäftsstelle hat sich wesentlich verringert. Damit wurde ein wichtiger Beitrag zum sparsamen Umgang mit den Finanzmitteln geleistet.

Gemäß §9 Abs. 3 der Finanzordnung unterbreitet der Prüfungsausschuss der Mitgliederversammlung den Vorschlag zur Entlastung des Vorstandes.

W. Herzig

Dr. P. Rauscher

J. Schröder

D i s k u s s i o n

Günter Seidel, Leiter Arbeitsgruppe Betreuung/Solidarität

Liebe Mitglieder und Sympathisanten der GRH, werte Gäste, Genossinnen und Genossen,

Zunächst möchte ich dem Bericht des Vorstandes meine Zustimmung geben. Es ist ein eindrucksvoller politischer Bericht. Hans hat u. a. begründet, warum die GRH weiter notwendig ist und worauf sie sich künftig in ihrer Arbeit orientieren wird. Ich möchte in meinem Diskussionsbeitrag ergänzend darüber sprechen, **wie wir auch in Zukunft gemeinsam eine solide politische, solidarische und finanzielle Stabilität der GRH gewährleisten können.** Was müssen wir tun, um das zu er-

reichen? Es geht also um die künftig gute innere Verfasstheit der GRH. Dazu ist im Bericht schon Einiges gesagt worden. Wenn ich auf das eine oder andere noch einmal eingehe, dann nicht, um etwas zu wiederholen, sondern die darin getroffenen Aussagen zu bekräftigen und auch aus der Sicht der gemeinsamen AG Solidarität und Betreuung GRH/ISOR zu ergänzen.

Meine Zustimmung gilt auch für die Berichte des Schatzmeisters und des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses.

Alle 3 machen deutlich, dass unsere GRH auch unter den schwierigen Bedingungen der vergangenen Wahlperiode handlungsfähig geblieben ist. Dank auch einer soliden Haushalts- und Finanzpolitik, die mit den Beiträgen und Spenden der Mitglieder und Sympathisanten möglich war und mit denen verantwortungsbewusst umgegangen wurde.

Wir sind uns aber darüber im Klaren, dass es in der Zukunft nicht einfacher wird. Eher schwieriger. Es geht also um Antworten auf die Frage. Wie schaffen wir das? Wir alle sind aufgefordert, zu diskutieren und zu klären, was wir gemeinsam tun können, ja tun müssen, um die uns wichtigen Aufgaben auch in Zukunft zu erfüllen. Vieles davon hat sich bewährt und ist nicht neu, muss aber künftig in noch stärkerem Maße unseren realen Möglichkeiten angepasst werden. Das betrifft auch die Notwendigkeit einer noch engeren Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten. Dem Vorstand kommt dabei die wichtige Rolle der Aufgabenstellung und der Organisation der Durchführung zu. Aber ohne Euch, unsere Mitglieder wird es nicht klappen.

Mir geht es darum, unsere Aufmerksamkeit und vor allem unsere Aktivitäten noch mehr auf die Gewährleistung und wenn möglich, Stärkung der Stabilität, also die innere Verfasstheit unserer GRH, unserer Mitgliedschaft zu lenken. Auf den in der Vergangenheit gemachten guten Erfahrungen gilt es aufzubauen, aber immer wieder zu klären, was unbedingt notwendig ist, um unter immer schwierigeren Bedingungen diese innere stabile Verfasstheit zu gewährleisten.

Ich möchte einen kurzen Blick zurück auf unseren Anfang und die Antwort auf die Frage richten: warum haben wir uns gegründet?

Weil wir Widerstand gegen juristische Verfolgung, soziale Benachteiligung, politische Diffamierung und Ausgrenzung leisten und in diesem Kampf einander solidarisch beistehen wollten. Also als Widerstands – Solidar - und Opferorganisation, die damit von Anfang an auch eine Menschenrechtsorganisation war. Ich meine, das sind wir auch heute und sollten es auch bleiben. Warum? Die Bedingungen haben sich zwar geändert. Die Themen sind weiter aktuell. Und wir sind es unseren verstorbenen Mitkämpfern, aber auch uns selbst und unseren Angehörigen schuldig. Hans hat das im Bericht erwähnt. Wir haben uns nicht gegründet, um uns irgendwann ohne Not aufzulösen oder anderen anzuschließen, sind aber seit der Gründung und auch in der Zukunft bereit, jederzeit mit Gleichgesinnten zusammen zu arbeiten. Darüber sollten wir weiter einig sein.

Unverändert gilt also aus meiner Sicht: **Einigkeit** im politischen Willen auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen bildet das **Fundament** für die innere Sta-

bilität und die politische Außenwirkung auch in der Zukunft. Ich sage das auch ganz bewusst als Gründungsmitglied der GRH.

Wie werden wir künftig unseren eigenen Ansprüchen gerecht, um die innere politische, solidarische und organisatorische Stabilität

unserer GRH zu sichern? Die Antworten darauf sind nicht einfach. Dazu einige Gedanken:

1. Wir müssen wieder stärker unsere langjährigen guten Erfahrungen in der Vereinsarbeit nutzen, sie ev. wiederbeleben, der aktuellen Situation anpassen.
2. Das bedeutet für mich nach wie vor zuerst: wir möchten kein einziges Mitglied durch Austritt verlieren, auch wenn es alt und krank ist. Es soll in unserer Gemeinschaft bleiben, muss aber spüren, dass wir uns um jedes Mitglied mit den uns zu **Verfügung stehenden Möglichkeiten** kümmern und diese auch ausschöpfen. Nur so geben wir ihm das Gefühl, ja die Gewissheit, in unserer GRH gebraucht zu werden und geschätzt zu sein. (Stichwort: politische Heimat)
3. Das zwingt uns zu Überlegungen, wie wir es in unseren Reihen behalten können. Und diese Überlegungen müssen zu Schlussfolgerungen für Maßnahmen führen, die praktikabel sind und die jetzige schwierige Situation berücksichtigen. Sie wird ja nicht leichter werden. Möglichst viele Mitglieder sollten sich daran beteiligen. Sie aber allein zur Grundlage unserer Zukunftsdiskussion zu machen, ist ein falscher Ansatz. Sie muss aber immer berücksichtigt werden. Wir alle tragen dafür eine gemeinsame, wenn auch unterschiedlich große Verantwortung.

Sie fängt beim Vorstand an, über die AGs, die noch einigermaßen funktionierenden TAGs bis hin zu den nicht mehr in ihnen erfassten Mitglieder. Ihre Zahl nimmt ständig zu, weil TAGs sich schon aufgelöst haben und weitere folgen werden. Für uns alle ist es deshalb eine wichtige, permanente aber lösbare Aufgabe, die Verbindung zu und zwischen den Mitgliedern zu halten, zu verstärken und dort, wo sie zum Erliegen kam, wieder herzustellen. Wir müssen deshalb die von uns bisher erfolgreich praktizierten wechselseitigen Informationsmethoden und – möglichkeiten auf ihre Wirksamkeit überprüfen und nach weiteren suchen. Was müssen wir aber unbedingt künftig gewährleisten? Das ist die Zustellung der regelmäßigen monatlichen Mitteilungen und sonstigen Informationen an **alle** Mitglieder. Die persönliche Zustellung ist immer noch die beste, aber aus unterschiedlichen Gründen immer weniger zu realisierende Möglichkeit. Die Postzustellung gewinnt an Bedeutung, setzt aber voraus, an wen wohin sie erfolgen muss und erfordert Überprüfung und Aktualisierung der Mitgliederkartei: Es darf uns nicht passieren, dass ein Austritt damit begründet wird, lange nichts mehr von der GRH bekommen und gehört zu haben. Andererseits sei mir der Hinweis gestattet, dass ein Anruf in der Geschäftsstelle das Problem gelöst hätte. Die Zahl derjenigen, die ihre Beiträge überweisen, nimmt ebenfalls zu. Der Weg-

fall persönlicher Gespräche muss durch andere Kontakte ausgeglichen werden.

4. 5. Jeder sollte deshalb für sich prüfen, ob und wozu er, selbstverständlich unter Beachtung seiner individuellen Möglichkeiten, noch in der Lage ist, etwas für die GRH zu tun. Dazu gehört auch, zu berücksichtigen und anzuerkennen, dass die Tätigkeit in den gewählten oder gebildeten Gremien ehrenamtlich ist. Sie erfordert nicht wenig Kraft, und Zeitaufwand. Auch hier wird die „Personaldecke“ zunehmend dünner. Ich bin überzeugt, hier und da sind in allen Bereichen die Möglichkeiten einer Mitarbeit noch nicht ausgeschöpft. Ich bitte Euch, darüber nicht nur nachzudenken, sondern auch aktiv zu werden. Viele von uns – und das in zunehmender Zahl – sind in ihrer Mobilität eingeschränkt, aber in guter geistiger Verfassung und könnten in einem organisierten System über das Telefon oder das Internet Kontakte und Verbindungen untereinander pflegen. Dabei könnte besonders auf die Mitglieder geachtet werden, die noch größere Schwierigkeiten haben. Auf diese Weise können Informationen übermittelt, politische Gespräche geführt, Meinungen eingeholt, das Befinden erkundet und wenn nötig, Hilfe organisiert werden. So erleben die Mitglieder ihre Zugehörigkeit zur GRH als politische Heimat. Es geschieht ja auch schon seit langem individuell, muss aber verstärkt werden.
5. Daran können sich noch viel mehr beteiligen, da sich viele Mitglieder seit Jahren untereinander kennen.
6. Beiträge und Spenden sind unsere wichtigsten Einnahmequellen. Dabei sind die Einnahmen aus Beiträgen eine überschaubare und relativ genau planbare Größe. Die variable und damit bei konsequenterer Einflussnahme positiv zu gestaltende Größe sind die Spenden. Mein Appell richtet sich darauf, das Werben um Spenden und die Beitragskassierung als Einheit zu betrachten und zu behandeln. Die bisher gute Arbeit muss und wird fortgesetzt werden. Ich bin der Meinung, dass auch in diesem Bereich noch Reserven vorhanden sind, möchte aber betonen, dass dies jeder im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten prüfen sollte.
7. Die enge Zusammenarbeit mit den uns verbündeten Organisationen wird immer wichtiger. Wir sollten sie nutzen, wo immer es möglich ist, aber immer auch sichtbar als GRH darin erkennbar sein.
8. Zum Schluss:
Einige Bemerkungen zur Arbeit der gemeinsamen AG von GRH und ISOR seit der 13. Vertreterversammlung. Diese AG wurde durch einen gemeinsamen Beschluss beider Vorstände im März 2018 gebildet. Ihr zugrunde lag die Erkenntnis, die Arbeit noch stärker auf die weitere Entwicklung des solidarischen Miteinanders innerhalb und zwischen ihnen zu richten. Wir können heute feststellen, dass dadurch das ohnehin enge und vertrauensvolle Verhältnis zwischen GRH und ISOR weiter gefestigt und vertieft worden ist. Diese Entscheidung war richtig und die Zusammenarbeit hat sich bewährt. Die AG ist nach wie vor arbeitsfähig, trotz der schon jahrelangen Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens und damit verbundenen persönlichen Probleme. Sie könnte aber personelle Verstärkung gebrauchen. Der Zeitauf-

wand für die Mitarbeit ist nicht sehr groß, der Gewinn dagegen schon. Die AG hat ihre Arbeit auf die Bedürfnisse der immer älter gewordenen Mitgliedschaft ausgerichtet. Sie konzentrierte sich auf die Probleme, die mit dem zunehmenden Alter verbunden sind, vorwiegend also auf Themen der Gesundheitsvorsorge und Pflege und auf die damit zusammenhängenden Fragen und Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Rechte der Betroffenen. Es geht dabei immer um Ratschläge und Hinweise, die schriftlich vorliegen und die aktuelle Rechtslage berücksichtigen. Sie sind bei Bedarf über unsere Geschäftsstellen abrufbar und umfassen im Berichtszeitraum 24 Informationen zu den vorgenannten Themen. Die Liste darüber befindet sich ebenfalls in unseren Geschäftsstellen. Selbstverständlich sind auch direkte persönliche Gespräche möglich. Wir haben diese Verfahrensweise gewählt, um nicht unnötig Papier zu produzieren. Darüber ist in unseren Mitteilungen mehrfach hingewiesen worden. Wir werden auch in Zukunft weiter so verfahren. Ich will es damit bewenden lassen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

Renate Schönfeld, Mitglied des Vorstandes

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Freunde,

Ich möchte einige Gedanken zur Zusammenarbeit zwischen GRH und DKP äußern. Ich erinnere mich, dass mich DKP-Genossen gefragt haben, was die GRH ist. Die GRH-Mitglieder fragten nicht, welche Partei die DKP ist. Sie wußten es, wenngleich auch hier eine reservierte Haltung da war.

Inzwischen ist die GRH für die DKP wichtig geworden. Immerhin hatte die DDR der DKP ihre Arbeit solidarisch, d. h. auch finanziell ermöglicht. Die DDR spielte nach der Konterrevolution in der DKP keine große Rolle. Ihr eigener Kampf in der Geschichte stand und steht im Vordergrund. Die Ursprünge der Partei waren im Westen. In ihr Bewusstsein musste es erst dringen, dass die DDR der erste Arbeiter und Bauernstaat auf deutschem Boden war und als solcher wegweisend für die Zukunft ist.

Vorbehalte wurden und werden abgebaut, was in der gegenwärtigen Situation dringend ist, denn nur gemeinsam sind wir stark.

Im Wahlkampf 2021 war Hans Bauer Spitzenkandidat der DKP Berlin für den Bundestag. Ich freue mich, dass wir nun in derselben Parteigruppe sind.

Genosse Wünsche zur Arbeit der TAG Bernau im Bunde mit anderen gesellschaftlichen Kräften im eigenen Wirkungsbereich

Die Mitglieder der TAG Bernau bei Berlin haben sich seit Jahren in die Meinungsbildung, im Lebensumfeld der Mitglieder eingebracht. Vor allem galt es zu den aktuellen Fragen der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen Position zu beziehen. Das betraf soziale Fragen und damit untrennbar verbunden das Bemühen um Frieden, vor allem mit der Russischen Föderation Die Aktionen zu „Defender Europa 21“ an denen sich unsere Mitglieder sehr aktiv beteiligten und vor allem auch mitgestalteten, waren dafür beispielhaft.

Das geschah im Bunde mit der örtlichen TIG der ISOR, einem Seniorenverband, ortsansässigen Mitgliedern der GBM e.V., als auch der Stadtorganisation der Partei Die Linken.

Wir waren somit Teil der aktiven Friedensbewegung. Es war uns wichtig öffentlich Position zu beziehen und auch ein starkes Gefühl nicht außerhalb der lokalen Bewegungen zu sein.

Zugleich wird mir so mancher zustimmen: die Mühen bestärkten uns. Doch die Karawane der Krieger zog weiter. Deren Führer spielten das Schaustück der „Demokratie“. Heute erleben wir, dass die Geostrategen des Westens, dem Bemühen der Friedensbewegten zusahen, wohl wissend, dass diese Rufe erklingen können, ohne das sie ihre Strategie ändern müssen. Warum? Diese Friedensbemühungen wurden nicht von der Mehrheit der Bevölkerung getragen, werden nicht, wie wir es während der letzten Wahlen erlebt haben, zum Hauptthema der Wählerentscheidungen. Die Friedensfrage berührt nur, wenn die Russen, die Chinesen oder andere Freiheitsliebende, die eigene Einflussphäre in Frage stellen. Wenn der Mainstream zum Halali bläst.

Unsere meist per Akklamationen verabschiedeten Positionen und Forderungen erreichten die Poststellen der Regierenden, deren Köpfe jedoch nicht. Eben Demokratie der gelenkten Form, repräsentativ.

Wir pflegen keine Illusionen hinsichtlich der Wirksamkeit unseres Handelns. So vieles was wir tun, ist zuerst wichtig für unsere eigene Bestätigung,

Einer der Schwerpunkte in unserem Bündnis in diesem Jahr war die Auseinandersetzung um die praktizierte Form der politischen Äquidistanz. Eine Form der Sichten, die zu nichts verpflichtet. Praktizierte Politik, die lähmt, eine die die Absage an marxistische Analyse, kultiviert. Das hieß für uns in der Diskussion im praktizierten Bündnis, auf diesen Umstand und die Folgen hinzuweisen. Das wirkt, wenn man sich zuhört, die Argumente mit Fakten untersetzt.

Das ist eine Aufgabe, die wir fortsetzen müssen. Dort vor allem, wo es wirken kann. Die Altersstruktur und die Potenzen in unserer TAG lassen auch nicht mehr zu.

Die nun entstandene Lage ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen Bemühens des Westens gegen Entwicklungen mit allen Mitteln vorzugehen, die seine Macht schmälert. Darauf haben wir uns einzustellen. Er hat nun in Mitteleuropa den Charakter einer offenen militärischen, politischen und ideologischen Konfrontation. Die diese Auseinandersetzung begleitende Verteufelung jeglicher gegen den

Mainstream gerichtete Positionen wird die Bedingungen unseres Wirkens nicht verbessern.

Drum! Halten wir unsere Kräfte zusammen. Setzen wir uns dort ein, wo wir etwas erreichen können.

Trotz alledem!

Wolfgang Schmidt, Geschäftsführer der ISOR

Liebe Genossinnen und Genossen,

Liebe Freundinnen und Freunde,

Gestattet mir, Euch zur heutigen Mitgliederversammlung die Grüße der ISOR zu überbringen und Euch weiterhin viel Erfolg in Eurer Arbeit zu wünschen.

Wie Hans Bauer in seinem Referat ausgeführt hat, haben sich die ohnehin schon langjährigen engen Verbindungen und die Zusammenarbeit zwischen ISOR und der GRH in den letzten Jahren weiter gefestigt und sind untrennbarer Bestandteil unserer Arbeit in den TIG und TAG.

Hans Bauer hat einen Leitartikel für „ISOR aktuell“ geschrieben, wir standen gemeinsam an unserem Informationsstand bei der LL-Demonstration und wir haben gemeinsam unsere Verstorbenen Werner Großmann und Wolfgang Schwanitz gewürdigt. Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um das vorher Gesagte zu bestätigen.

Die aktuelle politische Lage stellt unsere Vereine vor große Herausforderungen. Der Krieg in der Ukraine hat nicht nur die Friedensbewegung durcheinandergewirbelt – wie Patrik Köbele in seiner Grußadresse richtig dargestellt hat - er hat auch eigene Gewissheiten infrage gestellt.

Als Biden einen russischen Angriff auf die Ukraine vorhergesagt hat, habe ich das belächelt und für eine Fehlleistung der US-Geheimdienste gehalten. Im letzten „Rotfuchs“ – gedruckt noch vor Kriegsbeginn - sind mehrere Beiträge zur Lage in der Ukraine enthalten. Keiner der Autoren hielt den Beginn eines von Russland ausgehenden Krieges für denkbar.

Mein Eindruck war, dass Biden einen solchen Krieg sehnlichst wünscht und herbeireden will. Als seine Vizepräsidentin auf der Münchner Sicherheitskonferenz verkündete, dass jeder Fußbreit NATO-Territorium verteidigt würde, bestätigte sie indirekt einen globalpolitischen Deal zwischen Biden und Putin, wonach es die Ukraine als Nicht-NATO-Mitglied den USA nicht wert wäre, einen Weltkrieg zu riskieren. Einen vergleichbaren Deal hatte es vor den Maßnahmen zum 13. August 1961 zwischen Kennedy und Chruschtschow gegeben, bei dem Kennedy seine bekannten Essentials (Freiheit Westberlins, Verbindungswege und Rechte der Alliierten) formuliert hatte.

Die USA sind bereits jetzt der große Gewinner des Ukraine-Krieges. Nordstream 2 ist endgültig beerdigt, amerikanisches Fracking-Gas kann zu Höchstpreisen abgesetzt werden, eine eigenständige europäische Außenpolitik existiert nicht mehr und es wird aufgerüstet, was das Zeug hält. Noch vor 3 Wochen, wäre jeder, der 100

Milliarden für die Bundeswehr und enorm steigende Rüstungsausgaben fordert, für geisteskrank erklärt worden, heute gibt es dafür stehende Ovationen.

Bedenklich erscheint mir, dass Putin seine „Militäroperation“ u.a. damit begründet hat, dass die Ukraine ihre staatliche Selbständigkeit infolge „bolschewistischer“ Machenschaften erhalten hätte. Die Begründung Lenins war kürzlich in der „jungen Welt“ nachzulesen“. Sie verdeutlicht die sozialistischen Positionen in der Nationalitätenfrage. (Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, Achtung vor ihrer Sprache und Kultur usw.)

Die Erarbeitung sozialistischer Positionen in der Nationalitätenfrage und die Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes der Völker gehören zu den großen und bleibenden emanzipatorischen Leistungen des Realsozialismus.

Die Oktoberrevolution war die Initialzündung für den Zusammenbruch der großen Kolonialreiche und es waren die sozialistischen Länder, die maßgeblich das moderne Völkerrecht begründet und stets verteidigt haben. Dazu gehören die Forderungen, Konflikte mit friedlichen Mitteln beizulegen und militärische Mittel ausschließlich zur Selbstverteidigung einzusetzen.

Wie ich das sehe, ist der Krieg in der Ukraine durch Russland nicht zu gewinnen. Selbst wenn es gelingen sollte, die großen Städte (Kiew, Charkow, Odessa) zu erobern, wird der unerwartet erbitterte Widerstand von Ukrainern anhalten. Ausländische Söldner werden bereits mobilisiert und an Waffen und Munition wird es ihnen nicht fehlen. US-Präsident Biden hat dafür bereits mehr als 5 Milliarden US-Dollar zugesagt.

Wir müssen uns jetzt entscheiden zwischen der Solidarität mit den russischen Oligarchen, deren Repräsentant Putin ist, und der Solidarität mit dem russischen Volk, dessen Söhne – wie auch die jungen Ukrainer – auf dem Schlachtfeld verbluten.

Unsere Forderungen müssen meines Erachtens lauten:

- Schluss mit dem Krieg!
- Ende der sinnlosen Rüstung!
- Rückkehr zur Diplomatie anstelle der Militarisierung der Außenpolitik!

Karl Rehbaum, Leiter der Arbeitsgruppe Aufklärer

Liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste

Mit der Relativierung des Inhaltes der Erklärung des Vorstandes der GRH vom 01.03.2022 durch meinen Vorredner bin ich nicht einverstanden.

Die Ursachen für diese russische Militäroperation sind m.E. zweifelsfrei die aggressive Politik der NATO in Gestalt der Osterweiterung, der Einkreisung Rußlands und der VR China, die Hochrüstung der NATO-Staaten usw. Die Ukraine soll Mitglied der NATO werden. Faschisten bestimmen dort die Politik. Man nahm die berechtigten Sorgen der Russischen Föderation nicht ernst und meinte die roten Linien die Rußland nannte nicht beachten zu müssen.

Die Ukraine wollte nachweislich die Volksrepubliken im Donpass angreifen und hatte Pläne zur „Befreiung“ der Krim. Seit 2021 werden ukrainische Truppen im Süden des Landes konzentriert und nach Berichten der OSZE wurde in den Tagen vor dem 24.02. der Beschuss der Volksrepubliken intensiviert. Der Krieg in dieser Region dauert schon seit 2014 an. Insofern war der Angriff Rußlands am 24. 02.22 gerechtfertigt, zumal ein militärischer Präventivschlag nach dem geltenden Völkerrecht akzeptiert ist und die Volksrepubliken um Hilfe gebeten hatten. Ethnische Russen sollten geschützt werden.

Die Kriegsziele Rußlands sind keine Okkupation der Ukraine, sondern die Neutralisierung und Entfaschisierung.

Soweit meine Meinung und nun zum eigentlichen Diskussionsbeitrag:

Liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste

Ich möchte eure Aufmerksamkeit auf einige Probleme lenken, die scheinbar nicht bedeutsam sind, aber zu den Aktivitäten unserer Gegner gehören und nicht außer Acht gelassen werden dürfen.

Die vergangenen 3 Jahre haben uns in unseren gesellschaftlichen Aktivitäten stark beeinträchtigt. Hinzu kamen schmerzliche Verluste von herausragenden Persönlichkeiten unter unseren Kundschaftern und Mitarbeitern. Stellvertretend für eine weitaus größere Anzahl möchte ich folgende namentlich nennen:

die Kundschafter Dieter Popp, Klaus Kuron und Alfred Spuhler , das Mitglied unserer AG Günter Ebert und die beiden stellv. Minister Werner Großmann und Wolfgang Schwantiz.

Während diese Verluste nicht zu ersetzen sind, hat unser Gegner seine Angriffe / Aktivitäten erhöht und auf alle Lebensbereiche erweitert. Im Referat von Gen. Bauer wurde dies schon genannt. Nachdem u.a. die VR China, die Russische Föderation und die DDR zu Unrechtsstaaten erklärt wurden, haben die Vorsitzenden der Partei die Linke uns nun auch deutlich zu Verstehen gegeben wo wir gelebt und gearbeitet haben.

Nämlich mit der Behauptung:

„ die Existenz der DDR war eine Geschichte von links begründeter Unfreiheit, staatlicher Willkür und autoritären Obrigkeitsdenken.“ Das worauf wir stolz sind, dem einzigen Friedensstaat in der deutschen Geschichte gedient zu haben, wird völlig in Abrede gestellt. Aber die Führung der Linken und die DDR ist ein extra Thema.

Bekanntlich wurden die, welche für die DDR aktiv waren, egal in welchen Bereichen, nach der Konterrevolution verfolgt, verurteilt, verleumdet, ausgegrenzt und rechtswidrig auf sozialem Gebiet benachteiligt.

Rechtsbeugung in großem Stil bis heute. Die Verleumdungen und Hetze konzentrieren sich auf Angehörige der Grenztruppen, Juristen, IM und Mitarbeiter des MfS. Immer auch nach der Maxime, an allem war die Stasi schuld. Diese Angriffe erfolgen permanent, vielfältig und zunehmend.

Hier nun 3 Beispiele:

1. Der hinlänglich bekannte Wolf Biermann war im Februar

Initiator einer Unterschriftensammlung gegen den russischen Aufmarsch an der Grenze zur Ukraine. Mehrere Hundert Personen haben bereits unterschrieben. Hier zwei Zitate:

„Es kann nicht hingenommen werden, dass über achtzig Jahre nach dem Münchner Abkommen in Europa wieder unverhohlen mit einem Einmarsch in fremdes, souveränes Territorium gedroht wird.“

„Die Umzingelung der Ukraine mit russischen Truppen ist ein Angriff auf den Frieden in ganz Europa.“

Unterzeichnet haben u.a. W. Schäuble, Ai Weiwei, Jutta Speidel, M. BIRTHLER, Frau Havemann .

So etwas darf man nicht einfach so stehenlassen.

2. Die Autorin Elisabeth Herrmann hat ein Buch geschrieben mit dem Titel „Schatten der Toten“. Darin kommt z.B. die Abt. XII der HV A , ohne einen Bezug zum eigentlichen Inhalt, vor. Im Buch werden alte Behauptungen bedient, wie die Existenz alter Seilschaften der HV A, die noch agieren. Seilschaften des KGB in Deutschland und der Ukraine mit Verbindungen zum BND und BfV. Es werden bis zur Unübersichtlichkeit permanent Morde und andere Gewaltdaten begangen. Das Buch ein übles Machwerk, mit politischer Zielsetzung. Berater dieser Schriftstellerin sind der Historiker Müller-Enbergs, der ehem. Chef des Verfassungsschutzes in Berlin, Bernd Palenta und der ehem. BND – MA Norbert Juretzko.

3. Der Historiker Müller – Enbergs hat eine Studie zum Thema „Geschichte der HV A und ihrer Militärspionage“ veröffentlicht. Eine typische M-E Arbeit, eine Fußnotenarbeit. Text 120 Seiten, Fußnoten 374, Anhang 23 Seiten. Die Verallgemeinerung von Einzelbeispielen verleiht diesen Allgemeingültigkeit. Er überbetont Rückschläge und Mißerfolge der Tätigkeit der HV A. Zweifelsfrei haben die Erfolge überwogen und machen den international herausragenden Ruf der Hauptverwaltung aus. Die mit Militäraufklärung befaßten Abteilungen sind unvollständig. Die Informationen werden unterbewertet. Die Möglichkeiten der Informationsbeschaffung sind z. T. unwahr bzw. gefärbt dargestellt (SDI, Polen). Er schildert sogenannte Fallstudien zu Bamler, Topas, Lanze. Diese sind mit groben Fehlern behaftet, die fehlende ausreichende Kenntnis der Vorgänge wird deutlich. Schließlich ist die Behauptung die Militärspionage der HV A war nur ein „bedingter“ operativer Erfolg schlicht und einfach falsch. Unbestritten ist dagegen, dass unser Beitrag zum Kräftegleichgewicht zwischen NATO und WP und zur Erhaltung des Friedens beträchtlich war. Insgesamt haben solche Ausarbeitungen nur wenig mit wissenschaftlicher Arbeit gemein, sind eher ein Mittel zur Herabwürdigung. Es gibt hinreichend realistische Bewertung durch gegnerische Nachrichtendienste, außer von denen der BRD.

Was will ich mit den wenigen Beispielen sagen ? Ich möchte an euch

appellieren, auf allen Ebenen, bei Nutzung jeder Möglichkeit, öffentlich Position zu beziehen, um diesen vielfältigen Angriffen zu begegnen. Unser Zugang zur Öffentlichkeit ist zwar beschränkt, wir haben aber Internetseiten zur Verfügung und können bei gehaltvollen Beiträgen auch Informationen fertigen. Z.B. ist unsere Internetseite der AG Aufklärer international gefragt. Die Besucherzahl liegt im Monat zwischen 3.5 und 4,5 Tausend und die Seitenaufrufe zwischen 9 und 13 Tausend. Seit wir unsere Seite eingerichtet haben gab es 239726 Besucher und 620019 Seitenaufrufe. Wir sind überwiegend gefragt in D und den USA. Aber auch in Rußland, China, Frankreich und Ukraine. Wir stellen gern das Internet zur Veröffentlichung von Beiträgen zur Verfügung. Dank gebührt den beiden Betreuern unserer Seite, den Genossen Pätzold und Pumphry.

Also, es gibt zweifelsfrei viel zu tun, wir dürfen nicht vor der Flut der Verleumdungen und Hetze kapitulieren. Wenn wir nicht reagieren, wer dann ?

Beschluss der MV der GRH e.V. vom 5. März 2022

Seit mehr als 30 Jahren wird die sozialistische DDR als Unrechtsstaat delegitimiert, verunglimpft und dämonisiert. Ihre ehemaligen Bürgerinnen und Bürger werden sozial benachteiligt und diskriminiert. Ganze Bevölkerungsschichten wurden kriminalisiert und werden bis heute wegen ihrer Verbundenheit mit der DDR bestraft und ausgegrenzt.

Diese Politik der Rache und Vergeltung wird mit Lüge und Fälschung durch gleichgeschaltete Medien, gekaufte Wissenschaft und gesteuerte Kultur zur Manipulation der Öffentlichkeit, insbesondere junger Menschen, immer weiter getrieben. Mit sogenannter Geschichtsaufarbeitung und Erinnerungskultur an Gedenk- und Erinnerungsorten sowie mit Publikationen, Filmen und anderen medialen Methoden soll die Idee einer humanen, einer sozialistischen Gesellschaft liquidiert und die westliche, die kapitalistische Wertegemeinschaft Gemeingut der Menschen werden.

Mit einer Änderung dieser herrschenden Politik der Abrechnung, Feindschaft und Intoleranz ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Die Wiedergutmachung begangenen Unrechts ist nicht in Sicht.

Dazu bedarf es des gemeinsamen Widerstandes progressiver Kräfte. Auch unseres, der GRH.

Unsere Organisation GRH hat in nahezu drei Jahrzehnten ihres Wirkens hohes Ansehen und Kompetenz erworben bei der Verteidigung des sozialistischen Friedensstaates und der Nutzung seiner Erfahrungen in den heutigen Auseinandersetzungen sowie im Kampf um die Rechte und Interessen von Verfolgten und Benachteiligten. Die GRH hat über den Charakter dieser Politik des Antikommunismus aufgeklärt, offensiv seine Formen und Methoden entlarvt und allen Anfeindungen widerstanden. Über Jahrzehnte ist sie zu einem inhaltlich starken und organisatorisch gefestigtem Kollektiv gewachsen. Aufgrund ihrer Erfahrungen trägt sie besondere

Verantwortung, dass dieses Kapitel von Unrecht und Willkür deutscher Geschichte nach der Annexion der DDR nicht verfälscht und vergessen wird. Ihre Stimme, ihr Gewicht, wird auch in Zukunft gebraucht.

Schlusswort des Vorsitzenden der GRH; Hans Bauer

Liebe Mitglieder, verehrte Anwesende,

ich bedanke mich im Namen des Vorstandes für die einstimmige Wahl.

Sieben Mitglieder des bisherigen Vorstandes wurden erneut gewählt.

Zwei neue Mitglieder - die Genossen Herzig und Neubert - gehören künftig dem Vorstand an.

Unser Dank gebührt ganz herzlich Dr. Reinhard Grimmer, der aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr kandidierte. Unsere besondere Verpflichtung gilt unseren verstorbenen Vorstandsmitgliedern Heidi Richter und Herbert Damm.

Für den Prüfungsausschuss wurden zwei neue Mitglieder gewählt, Brigitte Kabbeck und

Hier bedanken wir uns besonders bei Dr. Peter Rauscher und Raoul Gefroi, die ebenfalls aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden sind. Wir danken auch dem bisherigen Vorsitzenden Wolfgang Herzig, der nunmehr dem Vorstand angehört.

Als soeben vom Vorstand gewählter Vorsitzender der GRH möchte ich einige Schlussgedanken äußern:

Die GRH ist und bleibt entsprechend ihrem Statut Partei unabhängig. Sie ist bereit, mit allen Parteien und Organisationen zusammen zu arbeiten, deren politische Positionen mit denen der GRH in den Grundfragen übereinstimmen. Wir verhehlen nicht, dass wir die gegenwärtige Politik Deutschlands ablehnen: den Antikommunismus mit seiner verlogenen und gefälschten Vergangenheitsbewältigung, Diskriminierung und Ausgrenzung, die Aufrüstung, den Sozial- und Demokratieabbau.

Naheliegend, dass wir eine enge Zusammenarbeit mit der DKP, der KPD und anderen sozialistischen und kommunistischen Organisationen und Vereinen anstreben und pflegen. Auch mit der Partei DIE LINKE Gemeinsamkeiten suchen, da zumindest Personen und Gruppen, wie die KPF, potentielle Bündnispartner sind. Ganz klar ist, dass wir uns als Teil der Friedensbewegung und der antifaschistischen Bündnisse betrachten. Allerdings lassen wir uns nicht vereinnahmen von einer gegen Russland und China gerichteten NATO- und EU-Politik.

In der GRH sind Mitglieder aller der genannten Parteien, sehr viele parteilos, aber in progressiven Organisationen engagiert. Wir betrachten uns als Widerstands-, Solidar- und Opferorganisation in diesem zwangsweise vereinten Deutschland. Für viele unserer Mitglieder ist die GRH eine politische Heimat geworden. Das hat auch die MV mit ihrem heutigen Beschluss zum Fortbestand erneut bewiesen.

Natürlich gibt es bei uns auch unterschiedliche Positionen zu Einzelfragen. Das haben auch Gespräche und hat die Diskussion gezeigt. Verständlich, dass dies ge-

genwärtig vor allem die Ereignisse um die Ukraine betrifft. Der bisherige Vorstand hat seinen Standpunkt mit der Erklärung vom 1.3.2022 dargelegt. Sofort nach Veröffentlichung erhielten wir Zustimmung. Nicht nur aus den Reihen der GRH. So schrieb ein Leser u.a. "...ich möchte mich Eurem Aufruf ausdrücklich anschließen und freue mich sehr über diese klarstellenden Worte.Ich bewundere Eure Ausdauer und Standhaftigkeit, Ihr seid Vorbild für so viele,"

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, es gibt es auch andere Meinungen, wie im Beitrag von Wolfgang Schmidt geäußert. Karl Rehbaum bekräftigte in seinem Beitrag den Vorstandsbeschluss. Auch ich möchte das noch einmal ausdrücklich tun. Verweisen möchte ich auf den Bericht des Vorstandes mit seiner Begründung. Wir respektieren selbstverständlich andere Auffassungen. Zum Gegenstand dieser unterschiedlichen Positionen wird mit Sicherheit in nächster Zeit noch weiter diskutiert werden müssen.

Liebe Freunde und Genossen,

nochmals danke für Eure zahlreiche Teilnahme und Bestätigung der Arbeit in den vergangenen drei Jahren sowie für unser künftiges Wirken.

Ich wünsche Euch und Euern Familien Gesundheit und - trotz aller Widrigkeiten - Freude, Kraft und Optimismus und uns gemeinsam Erfolge in unseren Kämpfen

Beschluss des Vorstandes am 05.04.2022

1. Gemäß § 14 der Satzung der GRH e.V. werden folgende ständige Arbeitsgruppen beim Vorstand der GRH gebildet und deren Verantwortliche benannt:

Arbeitsgruppe Betreuung / Solidarität	Günter Seidel
Arbeitsgruppe Aufklärer	Karl Rehbaum
Arbeitsgruppe Sicherheit	Reiner Neubert
Arbeitsgruppe Grenze	Günter Leo

 Für die Gewährleistung der Kontakte zum Sprecherrat des Landesverbandes Berlin der DKP und für Öffentlichkeitsarbeit ist Renate Schönfeld verantwortlich.
2. Für Beratungen und Informationen zu Rechtsfragen stehen Hans Bauer und Günter Seidel zur Verfügung.
3. Die Internetseite der GRH betreut Reiner Neubert, die der AG Grenze Wolfgang Herzig, die der AG Aufklärer Eberhard Pätzold.
4. Gemäß § 11 Abs. 6 der Satzung der GRH e.V. bestellt der Vorstand zum Geschäftsführer der GRH Dieter Stiebert sowie zu seiner Unterstützung Dr. Gerhard Eichhorn für den Bereich Archiv.
5. Verantwortlich für die Erarbeitung der monatlichen Mitteilungen sowie der periodischen Informationen sind Hans Bauer (V.i.S.d.P.) und Dieter Stiebert. Sie werden von allen Mitgliedern des Vorstandes unterstützt.
6. Die Übersicht über den Mitgliederbestand gewährleistet der Schatzmeister der GRH Ernst Hornig.
7. Die Postzustellung an die TAG, Einzelmitglieder, Kundschafter, Sympathisanten und befreundete Organisationen organisiert der Geschäftsführer gemeinsam mit dem Schatzmeister und den Leitern der Arbeitsgruppen. Posttag ist in der Regel der erste Dienstag im Monat

Grußwort des Vorsitzenden der DKP, Patrik Köbele

Lieber Hans, lieber Dieter, liebe Genossinnen und Genossen,

herzlichen Dank für die Einladung zu Eurer Konferenz, an der ich gerne teilgenommen hätte. Terminlich ist das leider nicht möglich.

Trotzdem bin ich sehr froh darüber sagen zu können, dass sich die Zusammenarbeit zwischen der GRH und der DKP in den letzten Jahren sehr, sehr positiv entwickelt hat.

Das muss auch so sein, weil ja gerade die aktuellen Entwicklungen zeigen, wie wichtig ein gemeinsamer Kampf gegen NATO-Aggression und Hochrüstung ist. Denn über beides darf man nicht schweigen, wenn man über den Krieg in der Ukraine spricht, der natürlich für die Menschen eine große Tragödie ist.

Der Aufrüstungskurs, der jetzt von einer ganz großen Koalition in unserem Land verfolgt wird, hat eine völlig neue Quantität und Qualität. Er trifft auf eine Friedensbewegung, die durch die aktuellen Ereignisse durcheinandergewirbelt wird. Er trifft auf eine Arbeiterbewegung, der droht, dass sie den historischen Fehler des Burgfriedens wiederholt.

Da ist es entscheidend, dass Kräfte die sich dem, die sich der wachsenden Russophobie und der antikommunistischen Geschichtsklitterung entgegen stellen, enger zusammen stellen.

Das wünschen wir uns für unsere Zusammenarbeit.

Wir wünschen Euch für Eure Konferenz viel Erfolg und senden Euch

Rote Grüße

Euer Patrik Köbele

Vorsitzender der DKP



DDR Kabinett Bochum e.V. - Harkortstr. 26 - 44866 Bochum

Eingetragen im Registerblatt VR 4125 Amtsgericht Bochum
Als gemeinnützig anerkannt beim Finanzamt Bochum-Süd
Steuer-Nr.: 350/5704/5130

Postanschrift: DDR Kabinett Bochum e.V.
Harkortstr. 26
44866 Bochum

E-Mail: info@ddr-kabinett-bochum.de
Internet: www.ddr-kabinett-bochum.de
www.ddr-kabinett-bochum.blogspot.com/

Bankverbindung: DDR Kabinett Bochum e.V.
Commerzbank Bochum
BLZ 430 400 36
Kto-Nr.: 100 540 400
IBAN:
DE10 4304 0036 0100 5404 00
BIC: COBADEFFXXX

Grußadresse an die Mitgliederversammlung der GRH e.V. am 5. März 2022 in Berlin

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
liebe Freundinnen, liebe Freunde,
lieber Hans, lieber Dieter,

wir stehen noch ganz unter dem Eindruck der Ereignisse des Ukraine-Konfliktes und der damit verbundenen Hetze gegen die Russische Föderation. Man kann und will es nicht ertragen. Es herrscht Pogromstimmung, angefacht von den Medien der Herrschenden. So legte die Museumsleitung des Deutsch-Russischen Museums in Berlin-Karlshorst Hand an das Gedenken um die Befreiung vom deutschen Faschismus durch die Rote Armee, indem sie den Schriftzug "Deutsch-Russisches" unkenntlich machte und die Fahnen der Republik Belarus und der Russischen Föderation einzog. Russische Studenten werden exmatrikuliert, russische Künstler verlieren ihre Arbeit, die Gewalt gegen Menschen und Einrichtungen nimmt Fahrt auf. Anstatt zu deeskalieren, zu vermitteln, schickt der NATO-Westen Waffen in die Ukraine und befeuert die kriegerische Auseinandersetzung.

Alle diese Dinge erinnern uns stark an die Zeit von 1938. Die Solidaritätsbekundungen für die Ukraine, auch im linken Lager, sind aus unserer Sicht pure Heuchelei. Wo war der Aufschrei in den fast 8 Jahren Bürgerkrieg gegen die Volksrepubliken im Donbass, in dem an die 14.000 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder umkamen? Wo war der Massenprotest, als das von faschistischen Banden angegriffene Gewerkschaftshaus in Odessa in Flammen aufging und unschuldige Menschen grausam starben?

Die Ereignisse reihen sich aber auch ein als Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion, begünstigt durch den Verrat Gorbatschows und der Konterrevolution in der DDR. Seit dieser Zeit bestimmen übelste Hetze gegen die DDR, insbesondere gegen ihre bewaffneten Organe, die Geschichtsschreibung der Herrschenden in der Bundesrepublik. Und sie werden auch in Zukunft nicht nachlassen, die Lebenserfahrungen von Millionen Ostdeutschen zu verschweigen, zu verfälschen und zu entstellen. Seit 1993 kämpft die GRH für Gerechtigkeit für alle, die wegen ihrer ausgeübten Tätigkeit, auf Grundlage der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, von der politischen Strafjustiz verfolgt, verurteilt und mit Strafrenten belegt wurden und nach wie vor werden.

Dieser gerechte Kampf muss weiter gehen! Auf uns - das DDR-Kabinett Bochum - als Bündnispartner könnt ihr euch auch in Zukunft verlassen! Wir danken euch herzlich für eure unermüdliche Arbeit!

In diesem Sinne wünschen wir der Mitgliederversammlung der GRH e.V., unter den schwierigen Bedingungen dieser Tage, viel Erfolg.

Für den Vorstand des DDR-Kabinett Bochum e.V.

Andreas Maluga

1. Vorsitzender DDR-Kabinett-Bochum e.V.

KPD LO Berlin, Franz Mehring Platz 1, 10243 Berlin



GRH
Franz Mehring Platz 1
10243 Berlin

Berlin, 5.3.2022

Grußwort an die Mitgliederversammlung der GRH vom 5.3.2022
Erklärung der Mitglieder der KPD der Landesorganisation Berlin zum aktuellen
Ukrainekonflikt

Liebe Genossen und Genossinnen der GRH, liebe Freunde und Sympathisanten,

im Ukraine Konflikt konnte seit dem Jahr 2014, als der amtierende ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch durch einen gesteuerten Umsturz der USA gezwungen wurde sein Land zu verlassen, kein Frieden hergestellt werden. Während dieser Geschehnisse haben sich die Gebiete Donetsk und Lugansk zu Volksrepubliken ausrufen lassen. Die ukrainischen Streitkräfte haben seit dieser Zeit einen Krieg gegen die ausgerufenen Volksrepubliken Donetsk und Lugansk geführt. Die Minsker Abkommen I und II konnten nicht ratifiziert bzw. umgesetzt werden. Seit November 2021 ist uns bewusst geworden, dass die Ukraine versuchen wird diese Gebiete mit militärischer Gewalt zurück zu holen in das Territorium der Ukraine. Es wurde massiv aufgerüstet in der Ukraine durch die NATO allen voran die USA. Es wurden schwere Geschütze in Richtung Trennlinie gebracht, was einen groben Verstoß gegen das Minsker Abkommen darstellte.

Nach der Anerkennung der Volksrepubliken Donetsk und Lugansk am 22.2.2022 durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin hat dieser den ukrainischen Präsidenten aufgefordert, „Beenden Sie sofort die kriegerische Auseinandersetzung im Donpass.“

Dieser hat den russischen Präsidenten nicht ernst genommen und hat massive Angriffe in Richtung Donpass befohlen. Immerhin sind seit 2014 in diesem Konflikt 13000 Menschen ums Leben gekommen.

Seit dem 24.2.2022 läuft nun die militärische Spezialoperation der russischen Streitkräfte.

Mit dieser militärischen Spezialoperation hat Russland keinen Krieg begonnen, sondern möchte den seit 8 Jahren anhaltenden Krieg im Donpass beenden. Es geht aber auch um Sicherheitsinteressen Russlands die durch die Nato in grober Fahrlässigkeit vernachlässigt wurden.

Niemand wünscht sich Krieg nur ein stabiler Frieden kann diesen ausschließen.

Aber der Frieden auf dieser Welt ist in höchstem Maße gefährdet. Wir stehen am Rande des III. Weltkrieges den höchstwahrscheinlich die Menschheit nicht überleben würde.

Die Ukraine muss dringendst entmilitarisiert und entnazifiziert werden.

Es gibt Informationen, dass die ukrainische Armee im Donpass biochemische Waffen einsetzen wollte die in US Labors in der Ukraine entwickelt wurden.

Der ukrainische Präsident Selenskyj hat auf der Sicherheitskonferenz in München für sein Land Atomwaffen gefordert und es besteht der Verdacht das die Ukraine in Zusammenarbeit mit der USA bereits an so einem Projekt gearbeitet haben.

Die Berichterstattung zu der militärischen Spezialoperation durch die Russische Föderation ist sehr einseitig und zu einem sehr hohen Prozentanteil mit Falschinformationen ausgestattet.

Davon distanzieren wir uns.

Unsere Freundschaft und das Vertrauen zu Russland in diesen schweren Zeiten ist besonders wichtig und wir bekennen uns dazu.

Ich versichere euch, dass es genügend Beweise gibt für die Sicherheitsbedenken der Russische Föderation. Keiner war mehr in der Ukraine als ich. Ich habe dieses Land seit 2002 zirka dreimal pro Jahr besucht und kann ein Lied davon singen was in diesem Land los ist und war. Mein ehemaliger Schwiegervater aus der Ukraine war Russe und ich kann euch sagen, dass meine Schwiegereltern die Sowjetunion sehr vermissten auch wenn diese durch Gorbatschow einen Imageschaden in den 80er Jahren erlitten hatte.

Als Mitglied der GRH bin ich froh ein Teil von euch zu sein und mich in Mitten von Gleichgesinnten zu befinden.

Die Landesorganisation Berlin der KPD wünscht euch allen beste Gesundheit und eine erfolgreiche Mitgliederversammlung.

Landesvorsitzender der KPD

Andreas Reinicke

I m p r e s s u m

Herausgeber:

Vorstand der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) e.V.,

AG Charlottenburg RNr.: 14285 Nz

Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV).

Vorsitzender: Rechtsanwalt Hans Bauer

Geschäftsführer: Dieter Stiebert

Geschäftsstelle des Vorstandes: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel./ Fax : 030 2978 4225

Internet: www.grh-ev.org

E-Mail: verein@grh-ev.org

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag & Donnerstag, jeweils 9.00 bis 14.00 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die „Informationen“ dienen der Unterrichtung der Mitglieder und Sympathisanten der GRH e.V. und dürfen bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Spenden zur materiellen Unterstützung von Opfern der politischen Strafjustiz und zur Finanzierung weiterer humanitärer Tätigkeit der GRH e.V. werden erbeten auf das

Konto der Berliner Volksbank, IBAN DE53 1009 0000 5788 9000 09, BIC BEVODEBB